



Jahresfinanzbericht

2invest AG, (vormals: 4basebio AG), Heidelberg

Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021

Inhaltsverzeichnis

Bericht des Aufsichtsrats	3
Lagebericht	6
Bilanzeid	26
Bilanz	27
Gewinn- und Verlustrechnung	28
Kapitalflussrechnung	29
Eigenkapitalspiegel	30
Anhang	31
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	45

Bericht des Aufsichtsrats der Zinvest AG (vormals: 4basebio AG) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2021 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Pflichten und Aufgaben wahrgenommen und sich während des Geschäftsjahres 2021 mit der wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Gesellschaft befasst. Er hat den Vorstand außerdem bei der Geschäftsführung überwacht und beraten. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat gemäß § 90 AktG über die wesentlichen Aspekte der Geschäftsentwicklung sowie die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft informiert.

Der Vorstand hat die strategische Ausrichtung der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2021 mit dem Aufsichtsrat abgestimmt. Der Aufsichtsrat war in alle wesentlichen Entscheidungen mit grundlegender Bedeutung für die Zinvest AG eingebunden und hat die nach Gesetz und Satzung erforderlichen Beschlüsse gefasst.

Die Kommunikation zwischen dem Vorstand und Aufsichtsrat gestaltete sich reibungslos.

Es fanden im Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 zehn (10) telefonisch bzw. per Videokonferenz abgehaltene Sitzungen des Aufsichtsrats statt. 16 Beschlussfassungen erfolgten im Umlaufverfahren. Alle Themen der Aufsichtsratsaktivität wurden im Geschäftsjahr 2021 vom Gesamtaufichtsrat behandelt. Da der Aufsichtsrat nur aus drei Mitgliedern besteht, gilt dieser auch als Prüfungsausschuss gem. § 107 Abs. 4 Satz 2 AktG. Getrennte Ausschüsse wurden daher im Geschäftsjahr 2021 nicht gebildet.

Im Einzelnen wurden vor dem Hintergrund der Lage der Gesellschaft insbesondere folgende Themen eingehend erörtert:

- Billigung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2020
- Kapitalherabsetzung
- Kromi Übernahmeangebot
- Diskussion und Genehmigung verschiedener Investitionstätigkeiten
- Vorbereitung der aoHV am 28. Januar 2021 und der oHV am 21. Juli 2021

Am 3. November 2020 hat die außerordentliche Hauptversammlung eine Kapitalherabsetzung gemäß §§ 222 ff. AktG durch eine Zusammenlegung von Aktien der Gesellschaft beschlossen. Das Grundkapital der Zinvest AG wurde von EUR 51.733.386 auf EUR 5.748.154 herabgesetzt. Dementsprechend wurden die ausgegebenen Aktien der Zinvest AG im Verhältnis 9 zu 1 zusammengelegt. Diese Kapitalherabsetzung wurde am 28. Januar 2021 im Handelsregister eingetragen und wirksam. Das Grundkapital ist seitdem eingeteilt in 5.748.154 auf den Namen lautende Stückaktien.

Zu der Durchführung der Kapitalmaßnahmen hat der Aufsichtsrat im Rahmen seiner Zuständigkeit seine Zustimmungen erteilt. Am 20. Januar 2021 hat die Gesellschaft beschlossen, sämtlichen Aktionären der KROMI Logistik AG mit Sitz in Hamburg anzubieten, ihre auf den Inhaber lautenden Aktien im Wege eines freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots in Form eines Umtauschangebots zu erwerben. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft stimmte diesem Vorhaben mit Beschlussfassung vom 28. Januar 2021 zu.

Die Gesellschaft hat mit Zustimmung des Aufsichtsrats am 18. Februar 2021 beschlossen, das Übernahmeangebot an die Aktionäre der KROMI Logistik AG nicht mehr weiter zu verfolgen. Eine Angebotsunterlage der Zinvest AG (vormals: 4basebio AG) an die Aktionäre der KROMI Logistik AG wurde deshalb nicht veröffentlicht.

Der Gesellschaft wurde am 18. Februar 2021 von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) im Rahmen einer Anhörung des Angebotsverfahrens mitgeteilt, dass die von ihr als Tauschaktie angebotenen Aktien der Gesellschaft nicht als liquide Aktien im Sinne des WpÜG angesehen werden. Die BaFin bezieht sich hinsichtlich der Voraussetzungen für die Liquidität der zum Tausch angebotenen Aktien auf einen Beschluss des OLG Frankfurt am Main vom 11. Januar 2021. Das Gericht schließt sich darin einer Auffassung an, wonach u.a. in der angebotenen Aktiengattung ein Streubesitz mit einer Marktkapitalisierung von wenigstens EUR 500 Mio. vorhanden sein muss. Die Gesellschaft erfüllt die darin genannten Voraussetzungen für die Liquidität ihrer Aktien ebenso wie nach Einschätzung der Gesellschaft die meisten börsennotierten Gesellschaften nicht. Die Gesellschaft erwartete daher eine Untersagungsverfügung der BaFin bezogen auf die Veröffentlichung einer Angebotsunterlage an die Aktionäre der KROMI Logistik AG und hat sich daher dazu entschlossen das Übernahmeangebot nicht weiterzuverfolgen, um weitere Kosten zu vermeiden.

Aufsichtsrat und Vorstand haben zuletzt im Februar 2022 gemeinsam eine Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben, die auf der Internetseite der Gesellschaft veröffentlicht worden ist.

Vorstand und Aufsichtsrat

Mit Beschluss des Aufsichtsrats vom 1. Dezember 2020 wurde Herr Hansjörg Plaggemars zum Vorstand bis zum 31. Dezember 2022 bestellt. Er ist seit dem 30. Dezember 2020 alleiniges Vorstandsmitglied der Gesellschaft und einzelvertretungsberechtigt.

In der außerordentlichen Hauptversammlung am 3. November 2020 wurden Herr Joseph M. Fernández, Herr Peter Llewellyn-Davies und Herr Hansjörg Plaggemars zu Mitgliedern des Aufsichtsrats der Gesellschaft wiedergewählt. Herr Alexander Link wurde als Ersatzmitglied für die gewählten Aufsichtsratsmitglieder für die Dauer der Amtszeit dieser Aufsichtsratsmitglieder gewählt.

Herr Hansjörg Plaggemars hat sein Amt als Aufsichtsratsmitglied zum 29. November 2020 niedergelegt. Ihm rückte das Ersatzmitglied Alexander Link in den Aufsichtsrat nach.

Mitglieder des Aufsichtsrates waren sodann bis zum 28. Januar 2021 Herr Joseph M. Fernández, Herr Peter Llewellyn-Davies und als Ersatzmitglied Herr Alexander Link, die in der Hauptversammlung vom 3. November 2020 für eine Amtszeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das am 31. Dezember 2021 endende Geschäftsjahr entscheidet, gewählt wurden.

Im Dezember 2020 haben Herr Joseph M. Fernández und Herr Peter Llewellyn-Davies mit Wirkung zum Ablauf der Hauptversammlung vom 28. Januar 2021 ihr Amt als Aufsichtsrat niedergelegt. Die Hauptversammlung am 28. Januar 2021 wählte Frau Eva Katheder und Herr Dr. Rainer Herschlein in den Aufsichtsrat mit einer Amtszeit, die mit Beendigung derjenigen Hauptversammlung endet, die über die Entlastung für das am 31. Dezember 2021 endende Geschäftsjahr beschließt.

In der Sitzung des Aufsichtsrats vom 15. Januar 2021 wurde Herr Alexander Link zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats und in der Sitzung des Aufsichtsrats vom 28. Januar 2021 wurde Frau Eva Katheder zur Stellvertreterin gewählt.

Demnach setzt sich aktuell der Aufsichtsrat aus den folgenden Mitgliedern zusammen:

- Herr Alexander Link (Vorsitzender)
- Eva Katheder (stellvertretende Vorsitzende)
- Dr. Rainer Herschlein

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021

Die RSM GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Düsseldorf, hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 und den Lagebericht der 2Invest AG sowie den Vergütungsbericht 2021 geprüft. Der Bestätigungsvermerk wurde ohne Einschränkungen erteilt. Der geprüfte Jahresabschluss und Lagebericht sowie der Prüfungsbericht mit Bestätigungsvermerk und der Vergütungsbericht mit Prüfungsvermerk wurden dem Aufsichtsrat zur Verfügung gestellt. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht der 2invest AG zum 31. Dezember 2021 sowie den Prüfungsbericht des Abschlussprüfers und den Vergütungsbericht mit dem Abschlussprüfer eingehend in der Bilanzsitzung erörtert und stimmt auf der Grundlage der umfassenden Auskünfte des Abschlussprüfers den Prüfungsergebnissen zu. Nach dem abschließenden Ergebnis der vom Aufsichtsrat vorgenommenen Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der 2invest AG zum 31. Dezember 2021 sowie des Vergütungsberichtes 2021 sind keinerlei Einwendungen zu erheben.

Der Aufsichtsrat hat in seiner Bilanzsitzung am 14. April 2022 nach eingehender Prüfung den vom Vorstand zum 31. Dezember 2021 aufgestellten Jahresabschluss gebilligt. Mit der Billigung des Jahresabschlusses ist dieser gemäß § 172 Satz 1 AktG zugleich festgestellt.

Es wurde gemäß § 312 AktG für den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 ein Bericht über die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen erstellt (Abhängigkeitsbericht). Der Abschlussprüfer der Gesellschaft für das am 31. Dezember 2021 endende Geschäftsjahr, die RSM GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, hat den Abhängigkeitsbericht geprüft und einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Der Bestätigungsvermerk lautet wörtlich: „Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass (i) die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind und (ii) bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die im Zeitpunkt ihrer Vornahme bekannt waren, die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Abhängigkeitsbericht und der diesbezügliche Prüfungsbericht des Abschlussprüfers sind dem Aufsichtsrat zugeleitet worden. Der Aufsichtsrat hat beide Berichte geprüft und sich dem Ergebnis der Prüfung durch den Abschlussprüfer angeschlossen. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung des Abhängigkeitsberichts durch den Aufsichtsrat, bei der sich keine Beanstandungen ergeben haben, sind Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts nicht zu erheben.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand für seine Tätigkeit und sein Engagement für die Gesellschaft.

Heidelberg, den 14. April 2022

Der Aufsichtsrat

gez. Alexander Link
als Vorsitzender des Aufsichtsrats
für den Aufsichtsrat

Lagebericht

2invest AG (vormals: 4basebio AG), Heidelberg

Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021

Lagebericht der Zinvest AG (vormals: 4basebio AG)

1. Allgemeine Informationen	8
2. Grundlagen der Gesellschaft	9
a) Unternehmensstruktur und Organisation	9
b) Künftige Strategie.....	9
c) Steuerungssystem – finanzielle Ziele	10
3. Wirtschaftsbericht	10
a) Überblick über den Geschäftsverlauf.....	10
b) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Zinvest AG.....	14
4. Chancen- und Risikobericht	17
a) Chancen- und Risikomanagementsystem	17
b) Chancen und Risiken der zukünftigen Geschäftsentwicklung	17
5. Prognosebericht	20
6. Berufshaftpflichtversicherung (D&O-Versicherung)	22
7. Übernahmerelevante Informationen	22
8. Abhängigkeitsbericht	24
9. Vergütungsbericht	24
10. Erklärung zur Unternehmensführung	24

1. Allgemeine Informationen

Berichterstattendes Unternehmen

Die 2invest AG, Heidelberg (vormals: 4basebio AG, Heidelberg), ist eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht (nachfolgend „2invest AG“ oder „die Gesellschaft“). Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Mannheim unter der Nummer HRB 335706 registriert und hat ihren Sitz in der Ziegelhäuser Landstr. 3, 69120 Heidelberg. Die Gesellschaft ist an der Frankfurter Wertpapierbörse unter der deutschen Wertpapierkennnummer (WKN) A3H3L4 bzw. unter der internationalen Wertpapiernummer (ISIN) DE000A3H3L44 notiert. Bis zum Ablauf des 5. Novembers 2021 war die Gesellschaft im Prime Standard, seitdem im regulierten Markt (General Standard) gelistet.

Die 2invest AG fungierte im Geschäftsjahr 2021 als Beteiligungsgesellschaft, deren Fokus auf einer möglichst profitablen Vermögensanlage der Bareinnahmen aus dem Verkauf der Proteomik- und Immunologie-Geschäftsbereiche an Abcam PLC, Cambridge/UK und Abcam Inc., Boston/USA mit Wirkung zum 1. Januar 2020 („Abcam-Transaktion“), welche im Geschäftsjahr 2020 vollzogen wurde (siehe Geschäftsbericht 2020), liegt. Der Geschäftsgegenstand der Gesellschaft ist der Erwerb, die Verwaltung und die Veräußerung von Beteiligungen an Kapital- und Personengesellschaften, insbesondere – aber nicht ausschließlich – im Bereich der Biotechnologie-, Life Science- und IT-Branche sowie im Bereich Rohstoffe (Natural Resources) im In- und Ausland.

Am 3. November 2020 hat die außerordentliche Hauptversammlung der vormals unter 4basebio AG firmierenden 2invest AG eine Kapitalherabsetzung im Verhältnis 9:1 beschlossen, die am 28. Januar 2021 in das zuständige Handelsregister eingetragen wurde, so dass das Grundkapital der Gesellschaft zu diesem Zeitpunkt von 51.733.386 Aktien um 45.985.232 Aktien auf 5.748.154 Aktien reduziert wurde. Am 28. Januar 2021 hat eine außerordentliche Hauptversammlung der Namensänderung von 4basebio AG in 2invest AG sowie der Änderung des Geschäftszwecks in den einer Beteiligungsgesellschaft und weiteren Satzungsanpassungen zugestimmt. Die Änderungen wurden am 25. März 2021 in das zuständige Handelsregister eingetragen.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Der Jahresabschluss der 2invest AG wird unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung nach den handelsrechtlichen Vorschriften der §§ 242 bis 256a und der §§ 264 bis 288 HGB sowie der ergänzenden Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG) unter der Annahme der Unternehmensfortführung aufgestellt. Die 2invest AG ist eine kapitalmarktorientierte Aktiengesellschaft im Sinne von § 264d HGB und wird daher als große Kapitalgesellschaft gemäß § 267 Abs. 3 S. 2 HGB eingestuft.

Die RSM GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Düsseldorf, wurde von der Hauptversammlung am 21. Juli 2021 zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2021 gewählt. Es bestehen keine geschäftlichen, persönlichen, finanziellen oder sonstigen Beziehungen zwischen der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, ihren Organen und Prüfungsleitern einerseits und der 2invest AG andererseits, die Zweifel an der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers begründen könnten. Die RSM GmbH war weder an der Buchführung noch an der Aufstellung des Abschlusses der 2invest AG beteiligt.

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr 2021 der 2invest AG begann am 1. Januar 2021 und endete am 31. Dezember 2021. Die korrespondierende Vorjahresperiode (nachfolgend kurz „Vorjahr“) umfasst demnach den Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020.

Rundungsdifferenzen

Soweit nicht anders vermerkt, werden alle Beträge in Tausend Euro (TEUR) angegeben. Aus technischen Gründen können bei den in diesem Abschluss dargestellten Informationen Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (TEUR, % usw.) auftreten.

Vorausschauende Aussagen

Der vorliegende Lagebericht enthält vorausschauende Aussagen. Diese Aussagen geben eigene Einschätzungen und Annahmen – auch solche von Dritten (wie zum Beispiel statistische Daten in Bezug auf die Branche und auf globale wirtschaftliche Entwicklungen) – zu dem Zeitpunkt wieder, zu dem sie getroffen wurden, oder zum Datum dieses Berichts. Vorausschauende Aussagen sind stets mit Unsicherheiten verbunden. Sollten sich die Einschätzungen und Annahmen als nicht oder nur teilweise zutreffend erweisen, können die tatsächlichen Ergebnisse von den Erwartungen – auch deutlich – abweichen.

2. Grundlagen der Gesellschaft

a) Unternehmensstruktur und Organisation

Rechtliche Struktur

Die 2invest AG fungierte im Geschäftsjahr 2021 als Beteiligungsgesellschaft, deren Fokus auf Beteiligungen an Kapital- und Personengesellschaften mit einem gutem Chance-/Risiko-Verhältnis, insbesondere im Bereich der Biotechnologie-, Life Science- und IT-Branche sowie im Bereich Rohstoffe (Natural Resources) im In- und Ausland liegt.

Zum 31. Dezember 2021 beherrschte die vormals unter 4basebio AG firmierende 2invest AG nur die sich in Liquidation befindliche 4basebio Verwaltungs GmbH i.L. (vormals: Expedeon Verwaltungs GmbH), Heidelberg. Dieses Tochterunternehmen verfügt über kein materielles Nettovermögen und ist daher für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der 2invest AG nicht wesentlich (sowohl mit Blick auf den Jahresabschluss als auch mit Blick auf einen potenziellen Konzernabschluss). Bereits mit Wirkung vom 11. Dezember 2020 wurde die 4basebio Inc. (vormals: Expedeon Inc.), San Diego/USA, ein hundertprozentiges Tochterunternehmen der vormals unter 4basebio AG firmierenden 2invest AG, liquidiert.

Die 2invest AG ist somit zum 31. Dezember 2021 von der Verpflichtung, einen Konzernabschluss nach IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften sowie einen Konzernlagebericht aufzustellen, befreit. Grund hierfür ist die unternehmensseitige Inanspruchnahme der Befreiung gemäß § 290 Abs. 5 HGB in Verbindung mit § 296 Abs. 2 Satz 1 HGB (Tochterunternehmen, die wirtschaftlich von untergeordneter Bedeutung sind). Mit anderen Worten: Die 2invest AG beherrscht zum 31. Dezember 2021 kein Tochterunternehmen, das für die Vermittlung einer den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns nicht nur von untergeordneter Bedeutung ist.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2021 beschäftigte die 2invest AG zwei Mitarbeiter in Teilzeit (31.12.2020: zwei Mitarbeiter in Vollzeit). Diese Zahlen beinhalten nicht den Vorstand.

Vielfalt im Unternehmen („Diversity“)

Die Vielfalt der Menschen, die für die 2invest AG arbeiten, bildet die Basis für die Leistungsfähigkeit und den Erfolg der Gesellschaft. Durch die Förderung der Vielfalt in der 2invest AG können die richtigen Menschen zusammengebracht und eine Arbeitskultur geschaffen werden, die die Leistung, Motivation und Zufriedenheit der Mitarbeiter fördert. Basierend auf der Überzeugung, dass eine vielfältige Belegschaft die Innovationskraft stärkt und wesentlich zum geschäftlichen Erfolg beiträgt, wird eine Kultur der Vielfalt unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, ethnischer oder kultureller Herkunft, Religion, Branchenerfahrung und Bildungsgrad angestrebt. Aufgrund des Gesetzes zur Förderung von Frauen in Führungspositionen muss die 2invest AG konkrete Ziele für die beiden Führungsebenen festlegen. Unterhalb des Vorstandes existiert seit der Vereinfachung der Unternehmensstruktur keine zweite Führungsebene mehr, die direkt an den Vorstand berichtet. Mit Beschluss vom 4. März 2021 hat der Aufsichtsrat für den Anteil von Frauen im Vorstand eine Zielgröße von mindestens 0% beschlossen, mit Fristsetzung bis zum 31. Dezember 2021. Auf der Vorstandsebene waren im Geschäftsjahr 2021 keine Frauen beschäftigt und aktuell besteht dieser aus nur einem Vorstand. Somit wurde diese Zielgröße erreicht. Eine personelle Veränderung im Vorstand oder eine Vergrößerung des Vorstands um weitere Vorstandsmitglieder ist derzeit nicht konkret absehbar. Daher hat der Aufsichtsrat für den Zeitraum bis zum 31. März 2024 für den Frauenanteil im Vorstand eine Zielgröße von 0% festgesetzt. Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat betrug im Geschäftsjahr 2021 33 %, somit wird die Zielvorgabe eines 33%igen Anteils von Frauen im Aufsichtsrat aktuell erfüllt.

b) Künftige Strategie

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2021 als Beteiligungsgesellschaft tätig, deren Fokus auf Beteiligungen an Kapital- und Personengesellschaften, insbesondere im Bereich der Biotechnologie-, Life Science- und IT-Branche sowie im Bereich Rohstoffe (Natural Resources) im In- und Ausland liegt. Zur Untermauerung der Unternehmensstrategie wurde bereits im Geschäftsjahr 2020 eine Namensänderung der Gesellschaft initiiert. Am 28. Januar 2021 hat eine außerordentliche Hauptversammlung der Namensänderung von 4basebio AG in 2Invest AG sowie der Änderung des Geschäftszwecks in den einer Beteiligungsgesellschaft und weiteren Satzungsanpassungen zugestimmt. Die Änderungen wurden am 25. März 2021 in das zuständige Handelsregister eingetragen. Die oben genannten Branchen verfügen nach Ansicht des Vorstands über überdurchschnittliche bis sehr gute Entwicklungsaussichten und weisen somit ein attraktives Chance-/Risiko-Verhältnis auf. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte und Maßnahmen durchzuführen und zu übernehmen, die für diesen Zweck sinnvoll und dienlich sind. Die 2invest AG strebt eine ausgewogene Portfoliostruktur an und achtet daher bei Beteiligungen an Unternehmen aus dem gleichen Sektor auf eine ausreichende Diversifizierung hinsichtlich Geschäftsmodellen und/oder

regionalen Märkten. Die oberste Maxime ist die Anlage in zukunftssträchtige Investitionsalternativen mit einem ausreichend profitablen Chance-/Risiko-Verhältnis. Dabei steht die Erzielung einer langfristigen Wertsteigerung im Vordergrund.

Neben Beteiligungen an Kapital- und Personengesellschaften investiert die 2invest AG darüber hinaus bei Bedarf auch in andere profitable Kapitalanlagen, zum Beispiel in Anleihen oder in Genussscheine. Investitionen und Desinvestitionen werden in der Regel über die Börsen getätigt und über in- und/oder ausländische Börsenplätze abgewickelt. In Einzelfällen werden auch außerbörsliche Geschäfte über Wertpapiermakler getätigt. Darüber hinaus werden Geschäfte direkt mit Käufern oder Verkäufern abgewickelt.

Bei der Auswahl der Anlagen bestehen grundsätzlich keine Einschränkungen hinsichtlich der Marktzugehörigkeit, der Branche und/oder der geografischen Region.

c) Steuerungssystem – finanzielle Ziele

Die 2invest AG wird vom Vorstand geführt, der die Gesellschaft leitet, sowie die Ziele und die strategische Ausrichtung festlegt. Die Steuerung der 2invest AG erfolgt auf Basis einer monatlichen integrierten Planungsrechnung, bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz und Kapitalflussrechnung inkl. Soll/Ist-Vergleich sowie einer wöchentlichen Depotbewertung. Zentrale Planungs- und Steuerungsgrößen, nämlich Marktwert der Depots, freie verfügbare liquide Mittel und Ergebnis werden fortlaufend überwacht. Abweichungen von den erwarteten Finanzkennzahlen werden somit regelmäßig identifiziert, deren mögliche Auswirkungen auf die Liquidität und Ertragskraft bewertet und entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen.

Als bedeutsamste Steuerungsgrößen für die wirtschaftlichen Ziele der Gesellschaft gelten die beiden folgenden finanziellen Leistungsindikatoren:

- (unbereinigtes) **Ergebnis nach Steuern** (Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag)
- **frei verfügbare liquide Mittel (Kassen- und Bankbestände zzgl. liquider Wertpapiere)**

Bei der Liquiditätsentwicklung wird der zukünftig erwartete Cashflow in Relation zu den liquiden Mitteln, inkl. den liquiden Wertpapieren, d.h. den Wertpapieren von börsennotierten Unternehmen, die im Umlaufvermögen gehalten werden, betrachtet. Liquide Wertpapiere könnten zeitnah und kursschonend realisiert werden, um die Erfüllung der Verpflichtungen des Unternehmens jederzeit zu gewährleisten. Die Kostenstruktur wird kontinuierlich und engmaschig durch den Vorstand gesteuert und überwacht. Ein integriertes Reporting wird dem Aufsichtsrat der Gesellschaft monatlich zur Verfügung gestellt.

3. Wirtschaftsbericht

a) Überblick über den Geschäftsverlauf

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) bereits in seiner Mitteilung am 14. Januar 2022 mitgeteilt hatte, war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahre 2021 um 2,7 % höher als im Jahr 2020 (kalenderbereinigt). Trotz der andauernden Pandemiesituation und zunehmender Liefer- und Materialengpässe konnte sich die deutsche Wirtschaft nach dem Einbruch im Vorjahr erholen. Im Vergleich zum Jahr 2019, dem Jahr vor Beginn der Corona-Pandemie, war das BIP 2021 noch um 2,0 % niedriger.

Im Vergleich zum vorangegangenen Krisenjahr 2020, in dem die Produktion im Zuge der Corona-Pandemie teilweise massiv eingeschränkt war, hat sich die Wirtschaftsleistung im Jahr 2021 in fast allen Wirtschaftsbereichen erhöht.

Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung stieg im Verarbeitenden Gewerbe deutlich um 4,4 % gegenüber dem Vorjahr. Auch die meisten Dienstleistungsbereiche verzeichneten gegenüber 2020 merkbare Zuwächse. So nahm die Wirtschaftsleistung der Unternehmensdienstleister, zu denen Forschung und Entwicklung, Rechts- und Steuerberater sowie Ingenieurbüros zählen, um 5,4 % zu. Im zusammengefassten Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe fiel das Wirtschaftswachstum aufgrund der anhaltenden pandemiebedingten Einschränkungen mit einem Plus von 3,0 % etwas verhaltener aus. Lediglich im Baugewerbe, in dem die Corona-Pandemie im Jahr 2020 keine sichtbaren Spuren hinterlassen hatte, ging die Wirtschaftsleistung 2021 gegenüber 2020 leicht um 0,4 % zurück.

Trotz der Zuwächse im Jahr 2021 hat die Wirtschaftsleistung in den meisten Wirtschaftsbereichen noch nicht wieder das Vorkrisenniveau erreicht. So lag die Wirtschaftsleistung im Verarbeitenden Gewerbe 2021 noch 6,0 % unter dem Niveau von 2019. Die sonstigen Dienstleister, zu denen neben Sport, Kultur und Unterhaltung auch die Kreativwirtschaft zählt, waren besonders stark von der anhaltenden Corona-Pandemie beeinträchtigt. Hier lag die preisbereinigte Bruttowertschöpfung 2021 sogar noch 9,9 % unter dem Vorkrisenniveau. Im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit wurde der Rückgang der Wirtschaftsleistung aus dem Krisenjahr 2020 im Jahr 2021 nahezu kompensiert. Das Baugewerbe und der Bereich Information und Kommunikation konnten sich in der Pandemie behaupten und ihre Wirtschaftsleistung im Vergleich zu 2019 merklich steigern.

Im Vergleich zum Vorquartal, ist das saisonbereinigte BIP im dritten Quartal 2021 im Euroraum um 2,2% und in der EU um 2,1% gestiegen. Dies geht aus einer vorläufigen Schnellschätzung hervor, die von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, veröffentlicht wird. Im zweiten Quartal 2021 war das BIP im Euroraum um 2,1% und in der EU um 2,0% gestiegen. Im Vergleich zum entsprechenden Quartal des Vorjahres, ist das saisonbereinigte BIP im dritten Quartal 2021 im Euroraum um 3,7% und in der EU um 3,9% gestiegen, nach +14,2% im Euroraum und +13,7% in der EU im Vorquartal.

Nach den Angaben des Statistischen Bundesamts vom 19. Januar 2022 haben sich die Verbraucherpreise in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2021 um 3,1 % gegenüber 2020 erhöht. Ausschlaggebend waren vor allem die hohen monatlichen Inflationsraten im 2. Halbjahr 2021. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, hatte die Inflationsrate im Vorjahr noch bei +0,5 % gelegen. Eine höhere Jahresteuersatzrate als im Jahr 2021 wurde zuletzt vor fast 30 Jahren ermittelt (1993: +4,5 %).

Die jährliche Inflation im Euroraum im Dezember 2021 wird auf 5,0% geschätzt, gegenüber 4,9% im November. Dies geht aus einer von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, veröffentlichten Statistik hervor. Im Hinblick auf die Hauptkomponenten der Inflation im Euroraum wird erwartet, dass „Energie“ im Dezember die höchste jährliche Rate aufweist (26,0%, gegenüber 27,5% im November), gefolgt von „Lebensmitteln, Alkohol und Tabak“ (3,2%, gegenüber 2,2% im November), „Industriegütern ohne Energie“ (2,9%, gegenüber 2,4% im November) und „Dienstleistungen“ (2,4%, gegenüber 2,7% im November).

Die Europäische Zentralbank hatte im März 2016 den Zinssatz von 0,05 % auf 0,00 % abgesenkt und seitdem auf diesem Niveau belassen. Der Leitzins gibt an, unter welchen Bedingungen sich Kreditinstitute bei Noten- und Zentralbanken Geld leihen können. Der Strafzins für Geschäftsbanken den die Institute zahlen müssen, wenn sie überschüssige Gelder über Nacht bei der Notenbank parken, liegt nach wie vor bei -0,50 %. Allerdings räumt die EZB zur Entlastung der Banken im Herbst 2020 Freibeträge von den Strafzinsen ein.

Im März 2021 überschritt der DAX (Performance-Index) erstmalig die 15.000-Punkte-Marke. Die Grenze von 16.000 Punkten überschritt der im September 2021 neu erweiterte Dax erstmals am 4. November 2021. Zum Ende 2021 notiert der Dax bei rund 15.884 Punkten, damit hat er 2021 um 15,8 Prozent zugelegt und das neunte Mal in zehn Jahren mit einem Jahresgewinn geschlossen. Im Vorjahr 2020 ging der Dax durch ein turbulentes Börsenjahr. Gemessen am Schlussstand Ende 2019 von 13.249 Punkten verbuchte der Dax trotz des zwischenzeitlichen Corona-Crashes in 2020 noch ein Jahresplus von 3,5 Prozent zum Jahresende 2020.

Der Australian Securities Exchange (ASX) hatte in 2021 von 6.607,4 Punkte im Januar auf 7.444,6 Punkte, damit um rund 12,7%, zugelegt. Der Höhepunkt wurde im August 2021 mit 7.534,9 Punkten erreicht. Die andauernden Unsicherheiten bezüglich der weiteren Entwicklung der Corona-Pandemie haben danach die Aussichten etwas eintrüben lassen. Da der ASX jedoch stark von Unternehmen aus dem Bereich Natural Resources bestimmt wird und die Preise nicht zuletzt aufgrund des Krieges in der Ukraine stark angezogen haben wird von einer positiven Entwicklung des ASX für die nächsten Jahre ausgegangen.

Wesentliche Währungen, in welche die Zinvest AG aktuell investiert ist, sind GBP (rund 36% des Anlagevolumens), AUD (rund 30% des Anlagevolumens) und EUR (rund 23% des Anlagevolumens). Der AUD war mit 1,5870 AUD je EUR zum 1. Januar 2021 und 1,5653 AUD je EUR zum 31. Dezember 2021 letztlich über das Geschäftsjahr hinweg stabil. Am 23. August 2021 erreichte er mit 1,6386 AUD je EUR seinen Höchststand. Letztlich lag die Schwankungsbreite um die 4% in 2021. Aufgrund der aktuellen Währungsschwäche des EUR hat der AUD jedoch bis 7. April 2022 mit 1,4540 AUD je EUR um 7% gegenüber dem EUR zugelegt. Das GBP hat es im Jahresverlauf hingegen trendmäßig eine kontinuierliche Aufwertung gegenüber dem EUR gesehen. So stand das GBP bei 0,8935 GBP je EUR am 1. Januar 2021 versus 0,8402 GBP je EUR zum 31. Dezember 2021, also einer Aufwertung des GBP gegenüber dem EUR von rund 6%. Am 7 April 2022 stand das GBP bei 0,8326 GBP je EUR, was einer weiteren Aufwertung von rund 1% seit dem 31. Dezember 2021 entspricht.

Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft

Die Zinvest AG hat Anfang des Jahres 2021 den Wandel von einer Funktions- und Managementholding einer operativ im Bereich „Life Sciences“ tätigen Unternehmensgruppe hin zu einer Beteiligungsgesellschaft vollzogen. Insofern sind die Vorjahreswerte der Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 (im „GJ 2020“) der damals unter dem Namen 4basebio AG, Heidelberg, firmierenden Gesellschaft mit der heutigen Zinvest AG nicht vergleichbar.

Die Zinvest AG hat im Geschäftsjahr 2021 einen Verlust in Höhe von 1.889 TEUR (GJ 2020: Gewinn in Höhe von 55.033 TEUR) erwirtschaftet und mit einer frei verfügbaren Liquidität, bestehend aus Kassen- und Bankbestände zzgl. liquider börsennotierter Wertpapiere des Umlaufvermögens, von rund 37,8 Mio. EUR abgeschlossen, ohne das Abcam-Treuhandvermögen von 14,4 Mio. EUR, da dieses erst ab dem 1. Januar 2022 zur Verfügung stand. Insgesamt ist der Vorstand mit dem Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr 2021 nicht zufrieden, da die ursprüngliche Prognose verfehlt wurde (siehe hierzu auch 5. Prognosebericht). Der Vorstand ist jedoch der Überzeugung aufgrund der Diversifikation des Anlageportfolios der ZinvestAG mit einem gewissen Schwerpunkt auf Biotechnologie und Natural Resources gut für die Zukunft aufgestellt zu sein.

Die Gesellschaft investiert derzeit primär weltweit in börsennotierte Wertpapiere. Es wurden aber auch Investments in nicht-börsennotierte Unternehmen und Finanzinstrumente getätigt. Investments erfolgen aufgrund der Bewertung des Chance-/Risiko-Profiles durch die 2invest AG. Dabei spielen neben finanziellen Indikatoren bei der Beurteilung von Beteiligungsmöglichkeiten auch nicht messbare Faktoren, wie z.B. Einschätzungen des Managements oder die Geschäftsidee eine Rolle. Die Gesellschaft hat bei den Investments grundsätzlich keinen Fokus auf bestimmte Branchen oder Geografien, auch wenn ein gewisser Schwerpunkt auf die Biotechnologie- und Life Science-Branche sowie Natural Resources liegt.

Am 20. Januar 2021 hat die 2invest AG (vormals 4basebio AG) beschlossen, sämtlichen Aktionären der KROMI Logistik AG mit Sitz in Hamburg ("KROMI") anzubieten, ihre auf den Inhaber lautende Aktien im Wege eines freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots in Form eines Umtauschangebots zu erwerben. Das Angebot der 2invest AG den Aktionären der KROMI ein Umtauschangebot mit eigenen Aktien anzubieten, wurde von der 2invest AG am 18. Februar 2021 zurückgezogen, da die von der BaFin - mit einem Verweis auf die vom Oberlandesgericht Frankfurt am Main entwickelten Kriterien zur Liquidität von Aktien (die angebotene Aktiegattung muss einen Streubesitz mit einer Marktkapitalisierung von mindestens 500 Mio. EUR aufweisen) - aufgestellten Anforderungen an „Umtauschaktien“ von der Gesellschaft nicht erfüllt und aus Sicht der Gesellschaft nur von sehr wenigen Aktiengesellschaften in Deutschland (allenfalls den DAX-Unternehmen) überhaupt erfüllt werden können. Ein reines Barangebot schied nach Auffassung der Gesellschaft mit Blick auf dieses potenzielle Investment allein bereits aus dem Grund aus, da dies ein zu großes Klumpenrisiko für die 2invest AG dargestellt hätte.

Im Geschäftsjahr 2021 tätigte die Gesellschaft aber andere Investments mit einem vielversprechenden Chance-/Risiko-Verhältnis. Die 2invest AG investierte im ersten Geschäftsjahr 2021 insgesamt rund 63,8 Mio. EUR, unter anderem in vier strategische Investments im Bereich Biotechnologie / Life-Science.

Biotechnologie / Life-Science

Die Gesellschaft gab gegenüber der Neophore Ltd., Cheshire/UK, eine Investitionszusage über 4,5 Mio. GBP ab. Die Neophore Ltd. ist ein Biotechnologieunternehmen, dessen primärer Fokus auf niedermolekularen Krebsmedikamenten im Frühstadium liegt. Die Neophore Ltd. verfügt über eine starke präklinische in-vivo-Validierung des Zielpfads, einen starken IP-Schutz sowie über ein erfahrenes Führungsteam mit ausgewiesener Erfolgsbilanz. Im Gegenzug der im ersten Quartal 2021 bereits ausgezahlten 1,8 Mio. GBP erwarb die 2invest AG einen Eigenkapitalanteil in Höhe von rund 13% an der Neophore Ltd. und verfügt darüber hinaus bei dieser Gesellschaft über das Recht, einen der insgesamt vier Non-Executive Directors zu berufen. Die Auszahlung der noch ausstehenden 2,7 Mio. GBP aus der Investitionszusage war von der künftigen Erreichung bestimmter Milestones abhängig. Diese Milestones wurden zwischenzeitlich erreicht und die zweite Tranche in Höhe von 2,7 Mio. GBP wurde im Januar 2022 investiert, so dass der Kapitalanteil der 2invest AG nun rund 17% beträgt. Mit Blick auf das ihr zustehende Bestellungsrecht eines Non-Executive Directors hat die 2invest AG Herrn Dr. Heikki Lanckriet, ehemaliges Vorstandsmitglied der 2invest AG und Experte in der Biotechnologiebranche, in das Board of Directors der Neophore Ltd. berufen.

Die 2invest AG investierte rund 2,0 Mio. GBP in die Leucid Bio Ltd., Cambridge/UK und erwarb damit rund 5,7% an der Gesellschaft. Der Schwerpunkt der Leucid Bio Ltd. liegt auf der Entwicklung klinischer Produkte mit der proprietären CAR-Plattform („pCAR“), die darauf abzielt, die Wirksamkeit von CAR-T-Zell-Therapien zu verbessern und die wichtigsten Herausforderungen bei der CAR-T-Zell-Behandlung insbesondere von soliden Tumoren zu bewältigen. Die CAR-T-Zelltherapie ist eine Technologie, bei der die patienteneigenen Immunzellen umprogrammiert werden. Da sich Krebszellen aus den gesunden Zellen eines Patienten entwickelt haben, können sie sich vor dem Immunsystem verstecken. Durch die Modifizierung von Immunzellen mit chimären Antigenrezeptoren (CARs) werden die Immunzellen in die Lage versetzt, die Krebszellen zu erkennen und zu zerstören. Die CAR-Technologie von Leucid trägt die Bezeichnung pCAR, was die Struktur der Therapie beschreibt - "parallele CAR-T-Zelltherapien", die in der Forschung eine größere Wirksamkeit als herkömmliche CAR-T-Therapien bei soliden Tumoren gezeigt haben.

In die Epigenomics AG wurden rund 6,3 Mio. EUR in Form von Aktien sowie einer Wandelanleihe investiert. Die Epigenomics AG ist ein Molekulardiagnostik-Unternehmen, das sich auf Bluttests für die Früherkennung von Krebs spezialisiert hat. Das Unternehmen entwickelt und vermarktet Bluttests für verschiedene Krebsindikationen mit hohem medizinischem Bedarf. Das führende Produkt von Epigenomics ist der Bluttest Epi proColon® für die Früherkennung von Dickdarmkrebs. Epi proColon ist von der U.S. Food and Drug Administration (FDA) zugelassen und wird in den Vereinigten Staaten und Europa sowie in anderen ausgewählten Ländern vermarktet. HCCBloodTest, ein Bluttest für den Nachweis von Leberkrebs, hat das CE-Zeichen für die Vermarktung in Europa. Die Gesellschaft fokussiert sich auf die Weiterentwicklung des blutbasierten Darmkrebs-Früherkennungstests Epi proColon Next-Gen nachdem die erste Produktgeneration nicht die Voraussetzungen für die Erstattung durch die Centers for Medicare and Medicaid Services (CMS) erfüllt hat. Die Gesellschaft plant hierfür die Durchführung einer klinischen Studie in den USA, die für die Zulassung des Tests durch die U.S. Food and Drug Behörde (FDA) erforderlich ist.

Des Weiteren hält die Gesellschaft nach wie vor rund 30% an der 4basebio PLC, Cambridge/UK. 4basebio PLC entwickelt anwendungsspezifische synthetische DNA oder mRNA sowie zielgerichtete nicht-virale Vektoren für die Übertragung von Nukleinsäure-Nutzlasten und stellt diese her. Die aktuellen Hauptprodukte sind hpDNA™, osDNA™ und die Hermes™-Transferplattform. hpDNA™ ist ideal geeignet, um Plasmid-DNA bei der Produktion von AAV (Adeno-assoziiertes Virus) und

Lentivirus mittels transienter Transfektion in einer Produzenten-Zelllinie zu ersetzen. hpDNA™ mindert das Risiko des Reverse Packaging bakterieller Sequenzen, kann die Effizienz des viralen Genom-Packagings erhöhen und gleichzeitig äquivalente virale Titer mit weniger DNA-Inputmaterial erreichen. Aufgrund ihrer offenen Struktur ist osDNA™ ideal für die Produktion von mRNA durch In-vitro-Transkriptionsverfahren geeignet. Im Gegensatz zu anderen synthetischen Vorlagen oder pDNA müssen osDNA™-Vorlagen nicht linearisiert werden und liefern hohe Ausbeuten, wenn sie direkt in IVT-Prozessen verwendet werden. Außerdem ist osDNA™ frei von bakteriellen Sequenzen oder Verunreinigungen, da sie vollständig enzymatisch hergestellt wird. osDNA™ und hpDNA™ können für Genom-Editing-Anwendungen als Vorlage für die Homologie geleitete Reparatur (HDR) verwendet werden. Das hochreine, lineare DNA-Produkt kann mit unterschiedlich langen Homologiearmen für den Einsatz in In-vitro-, Ex-vivo- und In-vivo-Anwendungen maßgeschneidert werden. osDNA™ ist ideal für den Einsatz in DNA-Impfstoffen geeignet. Durch die Einführung von DNA-Modifikationen während des Herstellungsprozesses wurde gezeigt, dass die immunstimulierenden Eigenschaften von osDNA™ abgestimmt werden können. Geringere Dosen von osDNA™ führen im Vergleich zu Plasmid-DNA zu verstärkten Immunreaktionen. osDNA™ ist mit einer Vielzahl von Gentransfertechnologien kompatibel, darunter Elektroporation (EP), LNPs und der 4basebio PLC eigenen, nichtviralen Hermes™-Transferplattform. Hermes™ ist die firmeneigene Verabreichungsplattform für Nukleinsäure- und Protein-Nutzlasten. Die nicht-viralen Nanopartikel enthalten eine austauschbare Zielkomponente, die eine bevorzugte Aufnahme in eine bestimmte Zelle oder ein bestimmtes Gewebe ermöglicht und Off-Target-Effekte abschwächt. Die Partikel weisen eine geringe Immunogenität auf, was wiederholte Verabreichungsstrategien ermöglicht, und sind für verschiedene In-vivo-Verabreichungswege geeignet.

Natural Resources

Im Bereich Natural Resources wurden im Geschäftsjahr 2021 mehrere Investitionen mit einem Gesamtvolumen von rund 41,1 Mio. EUR in börsennotierte und nicht-börsennotierte Unternehmen in Aktien und Anleihen getätigt. Die Gesellschaft sieht übergeordnete Trends, die bei Investitionsentscheidungen eine Rolle spielen, wie Ausweitung der Geldmengen, Erhöhung der Inflationsrate und ein Anziehen der Produktionsleistungen / industrielle Wachstumsraten. Die Gesellschaft erwartet daher insbesondere im Bereich der Rohstoffe in Zukunft eine steigende Nachfrage und damit die Chance frühzeitig bei Gesellschaften im Rohstoffsektor mit guten Chance-/Risiko-Verhältnissen einsteigen zu können. Der Hauptfokus mit rund 22,0 Mio. EUR lag hierbei auf Explorationsgesellschaften und Produzenten von Edelmetallen (primär von Gold, aber auch Silber), gefolgt von Investitionen im Bereich Energie mit rund 12,3 Mio. EUR (in den Bereichen Kohle, Windkraft sowie Gewinnung von grünem Wasserstoff) sowie sonstigen Rohstoffen mit rund 6,8 Mio. EUR (von Nickel, über Kupfer, Sand etc.).

Sonstige Investments

Sonstige Investitionen in verschiedenen Sektoren in Aktien sowie festverzinsliche Wertpapiere beliefen sich in Summe auf rund 11,6 Mio. EUR.

Die Gesellschaft verfügte somit am 31. Dezember 2021 über frei verfügbare liquide Mittel bestehend aus Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 7,7 Mio. EUR (31. Dezember 2020: 47,2 Mio. EUR) sowie Beteiligungen in Höhe von 4,5 Mio. EUR (31. Dezember 2020: 4,5 Mio. EUR), Wertpapiere des Anlagevermögens in Höhe von 11,1 Mio. EUR (31. Dezember 2020: 0,0 Mio. EUR), Wertpapiere des Umlaufvermögens in Höhe von 39,4 Mio. EUR (31. Dezember 2020 19,1 Mio. EUR) und sonstige Anlagen (ausgewiesen unter den sonstigen Vermögensgegenständen im Umlaufvermögen) in Höhe von 6,6 Mio. EUR (31. Dezember 2020: 0,0 Mio. EUR). Darüber hinaus bestehen zum 31. Dezember 2021, unverändert zum 31. Dezember 2020, Ansprüche auf Barmittel in Höhe von 14,4 Mio. EUR (ausgewiesen unter den sonstigen Vermögensgegenständen im Umlaufvermögen), die auf einem Treuhandkonto gehalten werden. Dieses Treuhandvermögen steht im Zusammenhang mit der Abcam-Transaktion aus dem Vorjahr und dient als Absicherung von an Abcam gewährten Garantien und Gewährleistungen im Rahmen der Veräußerung der Proteomik- und Immunologie-Geschäftsbereiche. Das Treuhandvermögen wurde zwei Jahre nach Abschluss der Abcam-Transaktion freigegeben, also am 1. Januar 2022, da keine Ansprüche geltend gemacht wurden.

Der Vorstand der 2invest AG erwartet für das Geschäftsjahr 2022 ein hohes Maß an wirtschaftlicher Unsicherheit, nicht zuletzt aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie sowie der hinzukommenden Ukraine-Krise, sieht aber die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft als solide an. Die Gesellschaft verfügt über ausreichende liquide Mittel zur Bewältigung dieser aktuellen Herausforderungen.

b) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der 2invest AG

Nachfolgend wird der Geschäftsverlauf unter Einbezug der bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren und unter Bezugnahme auf die im Jahresabschluss ausgewiesenen Beträge analysiert und erläutert. Der Jahresabschluss der 2invest AG wird unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung nach den Vorschriften der §§ 242 bis 256a und der §§ 264 bis 288 HGB sowie den Sondervorschriften des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt.

Ertragslage

[in TEUR]	2021	2020	Δ
Umsatzerlöse	0	69	-69
Sonstige betriebliche Erträge	2.082	68.354	-66.272
Personalaufwand	-158	-79	-79
Abschreibungen	-14	-11	-3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.107	-12.013	+10.906
Finanzergebnis	-2.583	-1.248	-1.334
Ertragsteuern	0	0	0
Sonstige Steuern	-110	-39	-71
Jahresfehlbetrag / -überschuss	-1.889	55.033	-56.922

Die Umsatzerlöse für das Geschäftsjahr 2021 belaufen sich auf 0 TEUR (2020: 69 TEUR), da es im Geschäftsjahr keine Weiterbelastungen von Managementleistungen an frühere Tochterunternehmen der ehemaligen 4basebio Group mehr gab, nachdem die Ausrichtung zur Beteiligungsgesellschaft abgeschlossen wurde. Die sonstigen betrieblichen Erträge für das Geschäftsjahr 2021 betragen 2.082 TEUR und beinhalten im Wesentlichen Erträge aus dem Verkauf von Wertpapieren des Umlaufvermögens 1.664 TEUR sowie Zuschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens 112 TEUR und Erträge aus Währungsumrechnungen 90 TEUR. Die sonstigen betrieblichen Erträge für das Geschäftsjahr 2020 betragen 68,4 Mio. EUR und entfielen nahezu ausschließlich auf den Nettogewinn aus der Abcam-Transaktion (siehe Geschäftsbericht 2020).

Die Personalaufwendungen haben sich im Geschäftsjahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr von 79 TEUR auf 158 TEUR erhöht, was im Wesentlichen auf die Vergütung des neuen Vorstands zurückzuführen ist, da die vorherigen Vorstände ihre Vergütung im Rahmen einer Managementgebühr an die damalige 4basebio AG belastet hatten und insofern nicht im Personalaufwand enthalten war.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beliefen sich im Geschäftsjahr 2021 auf 1.107 TEUR und bestehen im Wesentlichen aus Rechts-/Beratungskosten 260 TEUR, Aufwendungen aus Währungsumrechnungen 216 TEUR, Kapitalkosten 143 TEUR, Bankgebühren 137 TEUR sowie Buchführungs-/Abschlusskosten 122 TEUR. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen damit im Vergleich deutlich unter dem Vorjahreswert von 12,0 Mio. EUR, welche maßgeblich aus Sanierungszuschüssen in Höhe von 9,7 Mio. EUR, die im Rahmen der Abspaltung der 4basebio Ltd. entstanden (siehe Geschäftsbericht 2020), bestanden.

Das Finanzergebnis belief sich im Geschäftsjahr 2021 auf -2.583 TEUR (2020: -1.248 TEUR) und betrifft im Wesentlichen Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens von -3.560 TEUR sowie Zinsen und ähnlichen Erträge von 978 TEUR.

Der Jahresfehlbetrag für das Geschäftsjahr 2021 beträgt somit 1.889 TEUR, verglichen mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 55,0 Mio. EUR im Vorjahr. Der Jahresüberschuss des Vorjahres ist ganz maßgeblich geprägt durch den Nettogewinn aus der Abcam-Transaktion in Höhe von 68,4 Mio. EUR sowie die Aufwendungen der Sanierungszuschüsse in Höhe von -9,7 Mio. EUR in Zusammenhang mit der Abspaltung der nach der Abcam-Transaktion verbliebenen Beteiligungen an der 4basebio SLU und 4basebio Ltd (im Speziellen die Geschäftsfelder Genomik und DNA-Herstellung) auf die 4basebio PLC (vormals: 4basebio SE und 4basebio Ltd.), Cambridge/UK (vormals: Düsseldorf/Deutschland), wie im Geschäftsbericht zum 31. Dezember 2020 ausführlich dargestellt.

Vermögenslage

[in TEUR]	31.12.2021		31.12.2020		Δ
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0%	9	0%	-9
Sachanlagen	0	0%	5	0%	-5
Finanzanlagen	15.600	18%	4.497	5%	+11.103
Sonstige Vermögensgegenstände	24.692	28%	14.691	17%	+10.001
Wertpapiere	39.359	45%	19.147	23%	+20.212
Liquide Mittel	7.742	9%	47.176	55%	-39.434
Rechnungsabgrenzungsposten	9	0%	40	0%	-31
Summe Vermögensgegenstände	87.402	100%	85.565	100%	+1.837
Eigenkapital	82.612	95%	84.502	99%	-1.890
Rückstellungen	196	0%	605	1%	-408
Verbindlichkeiten	4.532	5%	459	0%	+4.073
Rechnungsabgrenzungsposten	62	0%	0	0%	+62
Summe Eigenkapital und Schulden	87.402	100%	85.565	100%	+1.837

Die immateriellen Vermögensgegenstände sowie Sachanlagen wurden im Laufe des Geschäftsjahres vollständig abgeschrieben, da diese nach der Ausrichtung der Gesellschaft hin zur Beteiligungsgesellschaft und in dem Zuge Aufgabe der früheren Räumlichkeiten nicht mehr genutzt werden konnten.

Die Finanzanlagen erhöhten sich im Geschäftsjahr 2021 um 11,1 Mio. EUR auf 15,6 Mio. EUR. Dies steht vor allem im Zusammenhang mit der Aufnahme der Tätigkeit als Beteiligungsgesellschaft und der im Geschäftsjahr 2021 getätigten Investitionen in Biotechnologieunternehmen, wie bereits unter „3 a). Überblick über den Geschäftsverlauf; dort: Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft“ erläutert.

Die sonstigen Vermögensgegenstände zum 31. Dezember 2021 beziehen sich zum einen auf Ansprüche auf Barmittel in Höhe von 14,4 Mio. EUR, die auf einem Treuhandkonto gehalten werden und zum anderen im Wesentlichen auf Forderungen im Zusammenhang mit sonstigen festverzinslichen Anlagen in Höhe von 7,1 Mio. EUR sowie sonstigen Forderungen in Höhe von 3,2 Mio. EUR. Das Treuhandvermögen steht im Zusammenhang mit der Abcam-Transaktion und dient als Absicherung von an Abcam gewährten Garantien und Gewährleistungen im Rahmen der Veräußerung der Proteomik- und Immunologie-Geschäftsbereiche. Das Treuhandvermögen wurde zum 1. Januar 2022 freigegeben. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände des Vorjahres enthalten im Wesentlichen das Treuhandvermögen von 14,4 Mio. EUR.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens setzten sich im Wesentlichen aus Aktien und Anleihen aus den Bereichen Natural Resources von 34,6 Mio. EUR sowie aus anderen Branchen von 4,7 Mio. EUR zusammen. Siehe hierzu auch „3 a). Überblick über den Geschäftsverlauf; dort: Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft“. Im Vorjahr bestand die Position aus Schuldinstrumenten der Drägerwerk AG & Co. KGaA, Lübeck (sog. Drägerwerk Genussscheine Series D), welche im Geschäftsjahr veräußert wurden.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet im Wesentlichen eine Abgrenzung für eine bereits bezahlte Versicherungsprämie. Im Vorjahr wurden hier Kosten der Börsennotierung abgegrenzt.

Die liquiden Mittel beliefen sich zum 31. Dezember 2021 auf 7,7 Mio. EUR, verglichen mit 47,2 Mio. EUR zum Vorjahresstichtag 31. Dezember 2020. Die liquiden Mittel des Vorjahres stammten maßgeblich aus den im Rahmen der Abcam-Transaktion zugeflossenen Barmitteln, welche im Laufe des Geschäftsjahres investiert wurden.

Das Eigenkapital verringerte sich im Laufe des Jahres um 1,9 Mio. EUR. Dieser Rückgang ist auf den im Geschäftsjahr 2021 erzielten Jahresfehlbetrag in Höhe von 1,9 Mio. EUR zurückzuführen. Das Stammkapital verringerte sich im Rahmen der vereinfachten Kapitalherabsetzung um 46,0 Mio. EUR, im Gegenzug erhöhte sich die Kapitalrücklage um denselben Betrag.

Die Rückstellungen verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr (31. Dezember 2020: 0,6 Mio. EUR) um 0,4 Mio. EUR zum 31. Dezember 2021 auf 0,2 Mio. EUR. Die Reduktion ist im Wesentlichen zurückzuführen auf die Ausbuchung der Rückstellung für Umsatzsteuerforderungen (0,2 Mio. EUR) im Zuge der Einbuchung einer vollständigen Wertberichtigung auf diese Umsatzsteuerforderung sowie Auszahlung der Aufsichtsratsvergütungen 2020 (0,1 Mio. EUR) und Verbrauch von Rückstellungen im Zusammenhang mit der Jahresabschlusserstellung 2020 (0,1 Mio. EUR). Die Verbindlichkeiten erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr (31. Dezember 2020: 0,5 Mio. EUR) um 4,1 Mio. EUR zum 31. Dezember 2021 auf 4,5 Mio. EUR.

Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf die Erhöhung von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zurückzuführen, die im Wesentlichen im Zusammenhang mit Investitionen in AUD standen, welche in AUD finanziert wurden, da auch AUD-Rückflüsse erwartet werden und somit das Währungsrisiko reduziert werden soll.

Finanzlage

Die in Übereinstimmung mit DRS 21 erstellte Kapitalflussrechnung unterscheidet zwischen Zahlungsströmen aus der laufenden Geschäftstätigkeit sowie der Investitions- und Finanzierungstätigkeit.

[in TEUR]	2021	2020	Δ
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-33.022	-26.974	-6.048
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-10.655	+82.946	-93.601
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	+4.243	-8.879	+13.122
Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres	+7.742	+47.176	-39.434

Für das Geschäftsjahr 2021 lag der operative Nettomittelabfluss mit -33,0 Mio. EUR über dem Niveau des Vorjahres (2020: -27,0 Mio. EUR); wobei dies im Geschäftsjahr im Wesentlichen auf Investitionstätigkeiten in Wertpapiere des Umlaufvermögens (48,8 Mio. EUR) und sonstige Anlagen (9,4 Mio. EUR) sowie gegenläufig dem Verkauf von Wertpapieren des Umlaufvermögens (25,2 Mio. EUR) zurückzuführen ist und im Vorjahr im Wesentlichen auf Transaktionen mit Einmalcharakter (Abcam-Transaktion und Abspaltung der 4basebio Ltd.; siehe auch Geschäftsbericht 2020). Dies ist maßgeblich auf die Aufnahme der Tätigkeit als Beteiligungsgesellschaft und der damit einhergehenden Investitionen, wie bereits unter „3 a) Überblick über den Geschäftsverlauf; dort: Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft“ dargestellt zurückzuführen. Im Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit für das Vorjahr wurde zur besseren Vergleichbarkeit der Erwerb der Dräger-Genussscheine mit 19,7 Mio. EUR gezeigt, welche im Vorjahresbericht unter Cashflow aus der Investitionstätigkeit ausgewiesen wurden.

Der Nettomittelabfluss aus Investitionstätigkeit lag mit 10,7 Mio. EUR deutlich unter dem Niveau des Vorjahres (2020: Nettomittelzufluss in Höhe von 82,9 Mio. EUR). Dies ist ebenfalls maßgeblich auf die Aufnahme der Tätigkeit als Beteiligungsgesellschaft und der damit einhergehenden Investitionen zurückzuführen. Im Vorjahr war der Nettomittelzufluss im Wesentlichen auf die Abcam-Transaktion zurückzuführen (siehe auch Geschäftsbericht 2020).

Der Nettomittelzufluss aus Finanzierungstätigkeit betrug im Geschäftsjahr 2021 4,2 Mio. EUR, verglichen mit einem Nettomittelabfluss von 8,9 Mio. EUR im Geschäftsjahr 2020. Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit erhöhte sich im Geschäftsjahr 2021 im Wesentlichen durch Aufnahme von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Der Nettomittelabfluss im Vorjahr ist im Wesentlichen auf Auszahlungen in Zusammenhang mit dem Anfang 2020 initiierten und im Mai 2020 ins Handelsregister eingetragenen Aktienrückkaufprogramms in Höhe von -9,7 Mio. EUR zurückzuführen.

Der Finanzmittelfonds (bestehend aus dem Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten) verringerte sich somit insgesamt von 47,2 Mio. EUR zum Ende des Geschäftsjahres 2020 signifikant auf 7,7 Mio. EUR zum 31. Dezember 2021. Dieser Rückgang ist maßgeblich auf die Aufnahme der Geschäftstätigkeit als Beteiligungsgesellschaft und der damit verbundenen Investitionstätigkeit zurückzuführen. Die Gesellschaft verfügt und verfügte im Geschäftsjahr über ausreichende liquide Mittel zur Finanzierung ihrer Geschäftstätigkeiten.

Grundsätze und Ziele des Finanzmanagements der Gesellschaft

Beim Finanzmanagement der Gesellschaft steht das Monitoring der Liquidität im Vordergrund, bestehend aus liquiden Mitteln und liquiden Wertpapieren, also Wertpapieren von börsennotierten Gesellschaften mit ausreichendem Handelsvolumen. Somit können Anlagen bei Bedarf kursschonend zeitnah verwertet werden. Das Finanzmanagement verfolgt dabei grundsätzlich das Ziel, die finanzielle Unabhängigkeit der Gesellschaft durch Sicherstellung ausreichender Liquidität zu wahren. Dadurch soll die Finanzkraft der Gesellschaft jederzeit auf hohem Niveau gehalten werden. Risiken sollen weitestgehend vermieden oder wirkungsvoll abgesichert werden. Die Finanzierungs- und Liquiditätsrisiken sind in Abschnitt „4. Chancen- und Risikobericht“ dargestellt. Die 2invest AG tätigt keine spekulativen Termingeschäfte und nutzt derivative Finanzinstrumente nur bei Bedarf zur Absicherung von Währungsrisiken.

Gesamtbeurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Vorstand der 2invest AG erwartet für das Geschäftsjahr 2022 ein hohes Maß an wirtschaftlicher Unsicherheit, nicht zuletzt aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie sowie des Krieges in der Ukraine, sieht aber die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft als nicht gefährdet an. Die Gesellschaft verfügt über ausreichend liquide Mittel zur Bewältigung dieser aktuellen Herausforderungen.

4. Chancen- und Risikobericht

a) Chancen- und Risikomanagementsystem

Die Zinvest AG agiert in einem dynamischen Marktumfeld und ist daher verschiedenen Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit unternehmerischem Handeln verbunden sind. Um Risiken frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen, hat der Vorstand in seiner Gesamtverantwortung für die Zinvest AG ein System für Risikomanagement und interne Kontrollen eingerichtet. Hauptziel des Risikomanagements ist es, strategische, marktbezogene, finanzwirtschaftliche und geschäftsspezifische Chancen und Risiken frühzeitig zu erkennen und zu überwachen, um nach sorgfältiger Prüfung die notwendigen, angemessenen und geeigneten Maßnahmen zu ergreifen.

Unterstützt wird dies durch einen regelmäßigen Austausch zwischen Vorstand und Aufsichtsrat, in dem wichtige Themen angesprochen und diskutiert werden. Die Risikosituation der Zinvest AG wird nicht nur im Rahmen der Jahresfinanzberichterstattung, sondern auch im Rahmen der Prüfung des Zwischenberichts berücksichtigt.

Die Zinvest AG überwacht kontinuierlich alle anwendbaren Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsrichtlinien, Betriebs- und andere geltende gesetzliche oder industrielle Richtlinien. Die Zinvest AG bildet Rückstellungen zur Abdeckung potenzieller Risiken, wo immer dies notwendig und angemessen ist.

Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

Die Zinvest AG ist gemäß § 289 Abs. 4 verpflichtet, die wesentlichen Merkmale des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Lagebericht zu beschreiben. Ziel des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist es, Risiken zu identifizieren und zu bewerten, die dem Ziel der Regelungskonformität des Abschlusses entgegenstehen könnten. Hierdurch soll eine hinreichende Sicherheit gewährleistet werden, dass die Finanzberichterstattung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen erstellt wird.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem für den Rechnungslegungsprozess umfasst Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen Gesetze und Normen. Wesentliche Elemente sind klar definierte Kontrollmechanismen (in Form von systemtechnischen und manuellen Abstimmungsprozessen), die Trennung von Funktionen ("Vier-Augen-Prinzip") sowie das Vorhandensein bzw. die Einhaltung von Richtlinien und Arbeitsanweisungen. Grundsätzlich muss jedes interne Kontrollsystem ("IKS") der Tatsache Rechnung tragen, dass es, unabhängig von seiner Ausgestaltung, keine absolute Sicherheit bieten kann, dass wesentliche Fehlaussagen in der Rechnungslegung vermieden oder aufgedeckt werden. Gründe hierfür können z.B. fehlerhafte Ermessensentscheidungen, unzureichende Kontrollen oder kriminelle Handlungen sein. Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf die Rechnungslegung.

Spezifische rechnungslegungsbezogene Risiken können zum Beispiel aus dem Abschluss ungewöhnlicher oder komplexer Geschäfte entstehen. Darüber hinaus sind Geschäftsvorfälle, die nicht routinemäßig verarbeitet werden, mit einem latenten Risiko behaftet. Ein begrenzter Personenkreis hat notwendigerweise Ermessensspielräume beim Ansatz und der Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden, woraus sich weitere rechnungslegungsbezogene Risiken ergeben können.

Wesentliche Änderungen in den Rechnungslegungsprozessen aufgrund von neuen Gesetzen, Gesetzesänderungen oder Änderungen in den internen Prozessen werden zeitnah auf ihre Auswirkungen analysiert. Spezielle Fragen der Rechnungslegung und Finanzberichterstattung oder komplexe Sachverhalte, die entweder besondere Risiken beinhalten oder besonderes Fachwissen erfordern, werden überwacht. Grundsätzliche Fragen, die sich im Rahmen der Abschlusserstellung ergeben, sowie unterjährig auftretende Finanzthemen (z.B. Buchhaltungs- und Steuerfragen) werden zeitnah mit dem Aufsichtsrat besprochen. Bei Bedarf werden zusätzlich externe Berater zu verschiedenen Themen (z.B. steuerliche Verlustvorträge oder latente Steuern) hinzugezogen.

Die monatlichen, halbjährlichen und jährlichen Finanzinformationen werden auf Plan-/Ist-Abweichungen und buchhalterische Unstimmigkeiten und Inkonsistenzen vom Vorstand analysiert. Vor der Veröffentlichung werden die Halbjahres- und Jahresabschlüsse mit dem Aufsichtsrat besprochen, der auch eine eigene Plausibilisierung vornimmt.

Das IKS wird laufend auf die Wirksamkeit der Kontrollen überprüft und bei Bedarf angepasst. Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem und das Frühwarnsystem nach § 91 Abs. 2 AktG werden im Rahmen der Abschlussprüfung geprüft. Der Abschlussprüfer ist verpflichtet, den Aufsichtsrat über rechnungslegungsbezogene Risiken oder Kontrollschwächen sowie über sonstige im Rahmen der Abschlussprüfung festgestellte wesentliche Schwächen des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und des Frühwarnsystems nach § 91 Abs. 2 AktG zu informieren.

b) Chancen und Risiken der zukünftigen Geschäftsentwicklung

Nachfolgend sind die Chancen und Risiken aufgeführt, die mit Blick auf die Zinvest AG im Rahmen des Risikomanagementsystems identifiziert wurden und verfolgt werden. Eine Saldierung von Chancen und Risiken findet nicht

statt. Die Gesellschaft unterscheidet zwischen „Umfeld- und Geschäftsrisiken“, „Finanzrisiken“, „Sonstige Risiken“ und „Geschäftschancen“.

Umweltrisiken

Unter den „Umfeld- und Geschäftsrisiken“ überwacht die 2invest AG insbesondere Risiken, die sich aus gesamtwirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und regulatorischen Entwicklungen ergeben. Letztlich können gesamtwirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Entwicklungen einen Einfluss auf das wirtschaftliche Umfeld und den Kapitalmarkt bzw. die Bewertung von Investitionsmöglichkeiten haben und damit Chance und Risiken für die getätigten beziehungsweise geplanten Investments darstellen. Aufgrund der diversifizierten Anlagestrategie ohne geografischen Fokus schätzt der Vorstand diese Risiken als moderat ein, da deren Eintrittswahrscheinlichkeit als gering erachtet wird, aber sollten solche Risiken eintreten, diese moderate bis gravierende Auswirkungen auf das Investitionsportfolio haben könnten.

Regulatorische Änderungen hingegen könnten zum Beispiel zu Formfehlern führen, was wiederum Bußgelder nach sich ziehen könnte. Durch eine enge Einbindung der Rechtsabteilung werden regulatorische Änderungen kontinuierlich überwacht. Der Vorstand schätzt daher die Eintrittswahrscheinlichkeit dieser Risiken als sehr niedrig bis niedrig und mit niedriger bis moderater Auswirkung ein; und damit insgesamt als niedrig.

Die Umweltrisiken haben nichts zuletzt aufgrund des Krieges in der Ukraine zugenommen, werden aber nach wie vor in Summe als moderat eingestuft.

Geschäftsrisiken

Darüber hinaus werden die spezifischen operativen Risiken, die dem Geschäftsmodell der 2invest AG inhärent sind, überwacht. Chancen und Risiken aus dem Geschäftsmodell bestehen auf Basis des Agierens als Beteiligungsgesellschaft, in dem die überschüssige Liquidität in Wertpapiere mit einem guten Chance-/Risiko-Verhältnis angelegt wird. Wertpapiere unterliegen Kursänderungsrisiken, so dass es im Rahmen der Anlage zu Erträgen aber auch zu Verlusten kommen kann. Kursänderungsrisiken können bis zum Totalverlust führen, z.B. wenn eine Gesellschaft, in die investiert wurde, Insolvenz anmelden muss (Ausfallrisiko). Kursänderungsrisiken existieren aufgrund unterschiedlichster Einflussfaktoren, welche teilweise von den Marktteilnehmern selbst beeinflusst werden können (Emittentenrisiken), wie zum Beispiel Missmanagement, die aber auch exogen sein können, wie beispielsweise aufgrund von allgemeinen konjunkturellen Einflüssen, politischen Einflüssen wie Handelskriegen, oder aktuell dem Einfluss des Corona-Ausbruchs sowie des Krieges in der Ukraine. Den Risiken begegnet der Vorstand durch eine kontinuierliche Überwachung der Wertpapierkurse. Insgesamt erachtet der Vorstand die Geschäftsrisiken aufgrund der Diversifikation als moderat, da in Kumulation von einer geringen bis moderaten Eintrittswahrscheinlichkeit bei moderater bis gravierender Auswirkung ausgegangen wird. Auch hier sieht der Vorstand, dass die Risiken im Vergleich zum Vorjahr aufgrund des aktuellen Umfelds zugenommen haben, schätzt diese aber nach wie vor als moderat ein, da mit der erhöhten Diversifikation im Anlageportfolio den Risiken auch entgegengewirkt wurde.

Finanzrisiken

Verschiedene finanzielle Risiken im Zusammenhang mit finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten können sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der 2invest AG auswirken. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Zinsänderungsrisiken, Kredit- oder Ausfallrisiken, Liquiditätsrisiken und Wechselkursrisiken.

Aufgrund der Höhe der Verbindlichkeiten und Diversifikation in den Währungen werden die Finanzrisiken in Summe als gering bis moderat eingeschätzt. Gegenüber dem Vorjahr gingen die Finanzrisiken nach Auffassung des Vorstands nicht zuletzt aufgrund der erhöhten Diversifikation tendenziell eher zurück.

ZINSÄNDERUNGSRISIKEN

Die Gesellschaft weist in ihrer Bilanz Barmittelbestände und Finanzverbindlichkeiten, deren Verzinsung im Wesentlichen vom Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank abhängig ist, aus. Im Falle einer weiteren Senkung des Basiszinssatzes können höhere Zinskosten für das Halten dieser Bankguthaben entstehen (z.B. im Falle von Negativzinsen) und im Falle einer Erhöhung des Basiszinssatzes können zusätzliche Kosten für die Finanzverbindlichkeiten entstehen. Auch wenn aktuell das Zinsänderungsrisiko als hoch erachtet wird, beinhaltet dies doch eher auch Chancen für die 2invest AG aufgrund des geringen Verschuldungsgrades und der Möglichkeit dann weiter in, zum Beispiel, höher verzinsliche Anleihen zu investieren. Insgesamt wird daher das Zinsänderungsrisiko vom Vorstand unverändert zum Vorjahr als niedrig erachtet.

KREDIT- ODER AUSFALLRISIKEN

Neben den unter den Geschäftsrisiken dargestellten Ausfallrisiken ist die 2invest AG ferner möglichen Ausfällen des Bankensystems und einem daraus resultierenden Kapitalverlust ausgesetzt. Die finanzielle Stabilität der von der Gesellschaft genutzten Banken wird laufend überwacht. Das Risiko wird aufgrund der Diversifikation der angelegten Gelder bei

verschiedenen Kreditinstituten und des geringen Verschuldungsgrades sowohl hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit wie auch hinsichtlich Auswirkung unverändert zum Vorjahr als gering erachtet.

Hierunter subsummiert werden nicht die inhärenten Risiken aus dem Agieren als Beteiligungsgesellschaft. Diese Risiken wurden unter Geschäftsrisiken dargestellt.

LIQUIDITÄTSRISIKEN

Das Liquiditätsrisiko beschreibt das Risiko, dass die 2invest AG nicht in der Lage ist, ihre Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu begleichen. Liquiditätsrisiken werden im Rahmen des monatlichen Reportings überwacht. Die monatliche Cashflow-Rechnung und der Cashflow-Forecast helfen etwaige Liquiditätsengpässe frühzeitig zu identifizieren. Aufgrund der Kapitalausstattung der Gesellschaft und der kontinuierlichen Überwachung wird das Liquiditätsrisiko sowohl hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit wie auch hinsichtlich Auswirkung als sehr gering erachtet. Dieses Risiko hat nach Auffassung des Vorstands nicht zuletzt aufgrund der Diversifikation auch gegenüber dem Vorjahr eher tendenziell weiter abgenommen.

WECHSELKURSRISIKEN

Der überwiegende Teil der operativen Aktivitäten der Gesellschaft wird in Euro („EUR“) abgewickelt. Die Gesellschaft hält diverse Anlagen in anderen Fremdwährungen, insbesondere zum Geschäftsjahresende mit rund 36% dem britischen Pfund („GBP“), mit rund 30% dem AUD-Dollar („AUD“) sowie mit rund 7% dem CAN-Dollar („CAD“). Folglich können starke Schwankungen des Wechselkurses des Euro, insbesondere gegenüber dem AUD, dem CAD oder dem GBP, negative Auswirkungen auf die Gesamtperformance der Anlagen haben. Aufgrund der Diversifikation erachtet der Vorstand hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit wie auch Auswirkung als gering bis moderat, da sich hiermit Effekte auch gegenseitig gegeneinander aufheben können. Dazu versucht der Vorstand in gewissem Umfang dem Währungsrisiko dadurch zu begegnen, dass die Investitionen zum Teil in gleicher Währung gegenfinanziert werden. Dieses Risiko hat nach Auffassung des Vorstands gegenüber dem Vorjahr tendenziell zugenommen, da im letzten Geschäftsjahr primär Mittel in EUR angelegt waren.

Sonstige Risiken

CORONA / COVID-19 UND KRIEG IN DER UKRAINE

Die Auswirkungen der zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts andauernden Corona-Pandemie sowie des Krieges in der Ukraine auf die europäische und globale Wirtschaft im Allgemeinen und die 2invest AG im Besonderen sind aufgrund der aktuellen Dynamik und der noch immer nicht absehbaren Dauer zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschätzbar. Der Vorstand sieht die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft hierdurch jedoch als nicht gefährdet an. Die Gesellschaft verfügt über ausreichende liquide Mittel, um die negativen Folgen dieser Pandemie zu bewältigen. Insgesamt schätzt der Vorstand hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkung die Risiken als moderat ein. Nach Auffassung des Vorstands haben diese Risiken, primär aufgrund des Krieges in der Ukraine, gegenüber dem Vorjahr zugenommen.

IT-RISIKEN

IT-Risiken begegnet die Gesellschaft in dem ihre IT-Landschaft auf gehosteten Umgebungen laufen, welche in kontinuierlichen Back-Up Routinen eingebunden sind. Sollte es zu einem Datenverlust z.B. in Folge eines Cyberangriffs kommen, könnten die Daten also mit nur geringem zeitlichem Verlust wieder hergestellt werden. Da aufgrund des Geschäftsmodells Echtzeitdaten nicht wesentlich sind, sieht der Vorstand hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit ein moderates aber hinsichtlich Auswirkung nur ein sehr geringes IT-Risiko und damit insgesamt ein geringes Risiko.

STEUERLICHE RISIKEN

Die Gesellschaft verfügt aktuell noch über ausreichende steuerliche Verlustvorträge. Hinzu kommt, dass das Geschäftsmodelle primär auf Wertsteigerung, also dem Erwerb und Verkauf von Anteilen an Kapitalgesellschaften, ausgerichtet ist. Steuerliche Risiken existieren zwar potenziell, z.B. durch falsche steuerliche Strukturierung von Transaktionen, allerdings wird dieses Risiko eher als niedrig eingeschätzt, da im Zuge komplexer Transaktionen auch immer auf kompetente Steuerberater zugegriffen wird. Vielmehr führt die Gesellschaft aktuell noch einen aktiven Rechtsstreit bzgl. versagter Vorsteuerbeträge, welcher, falls sie diesen gewinnen sollte, zu einem Ertrag von bis zu mehreren hunderttausend EUR führen könnte. Risiken aus Rechtsstreitigkeiten sind nicht ersichtlich. Es liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Klagen gegen die Gesellschaft vor. Insgesamt schätzt der Vorstand hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkung das Steuerrisiko als gering ein.

RECHTSSTREITIGKEITEN

Risiken aus Rechtsstreitigkeiten sind nicht ersichtlich. Es liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Klagen gegen die Gesellschaft vor. Insgesamt schätzt der Vorstand hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkung das Risiko aktuell daher als gering ein.

PERSONELLE RISIKEN

Der Vorstand besteht nur aus einem Vorstandsmitglied, was ein Risiko für die weitere geordnete Geschäftstätigkeit der Gesellschaft bedeutet. Der Vorstand sieht hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit ein geringes aber hinsichtlich Auswirkung ein moderates Risiko, erachtet diese Tatsache in Anbetracht der aktuellen Geschäftstätigkeit jedoch als angemessen.

Geschäftschancen

Die Chancen der zukünftigen Entwicklungen liegen in dem Agieren als Beteiligungsgesellschaft, welche überschüssige Liquidität in Wertpapiere mit einem guten Chance-/Risiko-Verhältnis anlegt, während parallel Ausschau nach Investitionsmöglichkeiten im Bereich der Biotechnologie-, Life Science- und IT-Branche sowie Natural Resources im In- und Ausland gehalten wird. Die Chancen der zukünftigen Entwicklungen sind daher vor allem abhängig von dem Aufspüren von Investitionsmöglichkeiten mit einem guten Chance-/Risikoverhältnis.

Die Gesellschaft hat im April 2021 Klage beim Finanzgericht Stuttgart betreffend die Nichtanerkennung von Vorsteuerbeträgen eingereicht. In diesem Verfahren gibt es unterschiedliche Auffassungen zwischen der 2invest AG und der einschlägigen Finanzbehörde. Die Risiken sind in den Rückstellungen vollumfänglich berücksichtigt und betreffen die Rückerstattung von Vorsteuerbeträgen für Zeiträume vor dem 31. Dezember 2019. Sollte der Klage stattgegeben werden, erhält die Gesellschaft entsprechende Rückerstattungsbeträge in einem bis zu mittleren dreistelligen Tausenderbereich.

Gesamtaussage des Vorstands

In seiner Funktion als verantwortliches Organ für das Risikomanagement überprüft der Vorstand der 2invest AG die Chancen- und Risikosituation der Gesellschaft fortlaufend. Der Vorstand hält die Risiken insgesamt für angemessen und vertraut auf die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems im Hinblick auf Veränderungen des Umfelds und die Anforderungen des laufenden Geschäfts.

5. Prognosebericht

Der folgende Abschnitt kann zukunftsgerichtete Aussagen enthalten, die auf den Einschätzungen und Erwartungen des Vorstands hinsichtlich zukünftiger Entwicklungen beruhen, einschließlich Finanzprognosen und der zukünftigen Geschäftslage der Gesellschaft. Diese Erwartungen unterliegen den im Abschnitt "4. Chancen- und Risikobericht" beschriebenen Risiken und Unsicherheiten. Die tatsächlichen Ergebnisse können aufgrund einer Vielzahl von Faktoren, die außerhalb des Einflussbereichs des Vorstands liegen, wesentlich von den Schätzungen abweichen.

Vergleich der tatsächlichen Entwicklung mit dem im Prognosebericht 2020 prognostizierten Geschäftsverlauf

Im Prognosebericht des letzten Lageberichts des Geschäftsjahres 2020 ging der Vorstand von einem Jahresfehlbetrag von rund 251 TEUR für das Geschäftsjahr 2021 aus. Die Planung der Gesellschaft beinhaltete keine Erträge und Aufwendungen aus den Investitionen in Wertpapiere, da der genaue Ein-/Ausstiegszeitpunkt bei den Wertpapieren nicht vorhergesagt werden kann. Diese sind von mehreren Faktoren abhängig. Basierend auf diesen Annahmen wurden zum 31. Dezember 2021 frei verfügbare liquide Mittel sowie in Wertpapieren angelegte Überschussliquidität in Höhe von ca. 63,4 Mio. EUR erwartet. Dieser Betrag enthielt nicht das Treuhandvermögen in Höhe von 14,4 Mio. EUR, aus der Abcam-Transaktion, welches ab dem 1. Januar 2022 freigegeben wurde.

Mit Ad-hoc-Mitteilung gemäß § 17 MAR vom 29. November 2021 hat der Vorstand die Prognose wie folgt angepasst:

„Aufgrund der aktuell starken Kursrückgänge der Börsen wegen Corona-Varianten-Ängsten und Inflationsängsten hat der Vorstand heute Morgen eine Bewertung der Wertpapiere des im Umlaufvermögen der 2invest AG zu bilanzierenden Portfolios vorgenommen, welche nach HGB dem strengen Niederstwertprinzip unterliegen, und eine aktualisierte Prognose erstellt. Der Vorstand erwartet basierend auf der vorgenommenen Bewertung und bei in etwa stabilen Kursen bis zum Jahresende einen Abschreibungsbedarf auf im Umlaufvermögen gehaltene Wertpapiere zum Ablauf des laufenden Geschäftsjahres von circa 3,1 Mio. EUR bis 7,1 Mio. EUR. Die Spanne von 4 Mio. EUR entspricht rund 5% des in börsennotierte Wertpapiere investierten Vermögens. Dementsprechend geht der Vorstand aktuell davon aus, dass das Geschäftsjahr 2021 mit einem Jahresfehlbetrag nach HGB zwischen 2,0 Mio. EUR bis 6,0 Mio. EUR abgeschlossen werden wird und damit die Prognose von einem Jahresfehlbetrag von 251 TEUR deutlich verfehlt wird.“

Der Vorstand hatte im Rahmen der Aktualisierung der Prognose auf die erhöhte Ungewissheit aufgrund Volatilität der Aktienmärkte hingewiesen.

Die angepasste Prognose konnte nun mit einem Jahresfehlbetrag von 1,9 Mio. EUR übertroffen werden, da die Abschreibungen auf die im Umlaufvermögen gehaltene Wertpapiere zum Ablauf des laufenden Geschäftsjahres mit 3,6 Mio. EUR am unteren Ende der befürchteten Spanne an Abschreibungsbedarf lag und da sich Richtung Jahresende noch lukrative Ausstiegsmöglichkeiten für Wertpapiere des Umlaufvermögens boten, die zu einem Ertrag von rund 0,7 Mio. EUR führten.

Zum 31. Dezember 2021 hatte die Gesellschaft frei verfügbare liquide Mittel, bestehend aus Kassen- und Bankbeständen sowie börsengehandelten Wertpapieren des Umlaufvermögens, von 37,8 Mio. EUR und damit rund 25,6 Mio. EUR weniger als in der Ursprungsprognose erwartet. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Gesellschaft interessante Investitionsmöglichkeiten im Laufe des Geschäftsjahres identifiziert hat und somit eine höhere Investitionstätigkeit hatte. Wie auch bereits in der Vorjahres-Prognose dargestellt können als Beteiligungsgesellschaft günstige Ein-/ Ausstiegszeitpunkte nur schwer vorhergesagt werden. Aus Sicht des Vorstands ist bei der Überwachung der frei verfügbaren liquiden Mittel daher maßgeblich, dass die Gesellschaft jederzeit in der Lage ist seinen Verpflichtungen, mindestens auf die Dauer von einem Jahr, nachzukommen, was mit freien liquiden Mitteln von 37,8 Mio. EUR mehr als gewährleistet ist.

Prognose für das Geschäftsjahr 2022

Gemäß einem am 11. Januar 2022 veröffentlichten Bericht der World Bank soll sich das globale Wachstum nach einem Wiederanstieg auf schätzungsweise 5,5 % im Jahr 2021 im Jahr 2022 voraussichtlich deutlich auf 4,1 % abschwächen, was auf das anhaltende Aufflackern von COVID-19, eine geringere fiskalische Unterstützung und anhaltende Versorgungsengpässe zurückzuführen sein soll. Auch wenn die Produktion und die Investitionen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in 2022 zu den Trends vor der Pandemie zurückkehren dürften, werden sie in den Schwellen- und Entwicklungsländern (EMDE) aufgrund niedrigerer Impfraten, einer restriktiveren Fiskal- und Geldpolitik und anhaltender Beeinträchtigungen durch die Pandemie darunterbleiben. Gemäß dem Bericht, trüben aber verschiedene Abwärtsrisiken die Aussichten ein. Hierzu zählen gleichzeitige, von Omicron ausgelöste wirtschaftliche Störungen, weitere Versorgungsengpässe, eine Verankerung der Inflationserwartungen, finanzieller Stress, klimabedingte Katastrophen und eine Schwächung der langfristigen Wachstumsfaktoren. Die Effekte aus den bereits zum Jahresende zunehmenden geopolitischen Spannungen mit dem Aufmarsch russischer Truppen an der Grenze zur Ukraine und dem tatsächlichen Einmarsch im Februar 2022 konterkarieren die bis dato erwarteten positiven Effekte auf das Wirtschaftswachstum und könnten diese noch im Januar 2022 erwarteten positiven Wachstumsprognosen nicht nur für Deutschland erheblich abschwächen. Diese derzeitige toxische Gemengelage aus andauernder Corona-Pandemie und nachlaufenden Effekten auf die Wirtschaft, Kriegshandlungen inmitten Europas, explodierenden Energiepreisen und einer Inflationsrate (z.B. in Deutschland / der Eurozone mit 5,1% Stand Februar 2022 ggü. dem Vormonat), welche auf dem höchsten Stand seit fast 30 Jahren liegt, ist in ihrer weltwirtschaftlichen Dimension beispiellos und lässt für das Jahr 2022 eine hohe Volatilität an den Kapitalmärkten erwarten, so dass die Gesamtmarktentwicklung nicht fundiert prognostizierbar ist.

Die Gesellschaft ist seit Anfang 2021 als Beteiligungsgesellschaft tätig. Hierzu wurde mit Zustimmung der Hauptversammlung am 28. Januar 2021 unter anderem der Geschäftszweck der Gesellschaft angepasst. Die Gesellschaft beabsichtigt, ihr eigenes Vermögen überwiegend in börsennotierte Wertpapiere zu investieren. Sie tätigt Investitionen in Kapital- und Personengesellschaften vornehmlich – aber nicht ausschließlich – in den Bereichen Biotechnologie, Life Sciences und IT sowie im Bereich Natural Resources im In- und Ausland. Diese Branchen weisen nach Ansicht des Vorstands ein attraktives Chance-/Risiko-Verhältnis auf. Die oberste Maxime ist die Anlage in Investitionsmöglichkeiten mit einem guten Chance-/Risiko-Verhältnis, um dadurch eine langfristige Wertsteigerung zu erzielen.

Da der genaue Ein- bzw. Ausstiegszeitpunkt für Investitionen nicht vorhersehbar ist, da dieser wiederum von mehreren Faktoren abhängt, plant die Gesellschaft auf Basis der Kosten. Auf Basis der aktuellen Organisations- und Personalstruktur werden für das Geschäftsjahr 2022 und in den Folgejahren Kosten in Höhe von jeweils 360 bis 400 TEUR erwartet. Für das Geschäftsjahr 2022 wird auf Basis der erwarteten Kosten und des bis Ende Februar 2022 bereits erwirtschafteten Ergebnisses von rund -400 TEUR ein Jahresergebnis zwischen -2,0 Mio. EUR und + 2,5 Mio. EUR erwartet. Basierend auf diesen Annahmen werden zum 31. Dezember 2022 frei verfügbare liquide Mittel sowie in Wertpapieren des Umlaufvermögens angelegte Überschussliquidität in Höhe von ca. 59 Mio. EUR erwartet.

Der Vorstand geht von einer weiterhin hohen Volatilität der Kapitalmärkte aus. Aktuell wurden bis zum 28. Februar 2022 Erträge aus dem Verkauf von Wertpapieren in Höhe von 695 TEUR realisiert. Diesen Erträgen stehen Wertberichtigungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens von 1.044 TEUR gegenüber. Der Nettoergebnisbeitrag zum 28. Februar 2022 aus Wertpapiergeschäften beläuft sich somit auf -349 TEUR. Es besteht ein erhebliches Risiko eines größeren Abschwungs, da die Auswirkungen des Coronavirus und des Krieges in der Ukraine auf die Weltwirtschaft und damit auch auf die Kapitalmärkte derzeit nicht absehbar sind. Hinzu kommen die aktuell hohen Inflationsraten, welche das Risiko eines wirtschaftlichen Abschwungs verstärken. Noch ist unklar, wie die Regierungen hierauf reagieren werden, also ob Zinsen weiter niedrig gehalten und Geldmengen ausgedehnt werden, um einem wirtschaftlichen Abschwung entgegenzuwirken oder ob die Zinsen erhöht werden, um der Inflation entgegenzuwirken. Aktuell scheint die Tendenz eher Richtung zweiterem, zu gehen. So haben die USA bereits eine erste Zinserhöhung angekündigt. Dies könnte auch eine deutliche Korrektur bei den Aktienmärkten nach sich ziehen. Insofern erwartet der Vorstand für das Geschäftsjahr 2022 ein herausforderndes Marktumfeld, das aber auch Chancen für neue, attraktive Investments bieten sollte.

Ziel des Vorstandes ist es, auf der Basis des Handelns als Kapitalanlagegesellschaft durch die Anlage von Liquidität in Wertpapieren mit einem guten Chance-/Risiko-Verhältnis mit Schwerpunkt Biotechnologie, Life Sciences und IT – wenn auch nicht ausschließlich – die Kosten aus den Erträgen und nicht aus der vorhandenen Liquidität zu decken.

6. Berufshaftpflichtversicherung (D&O-Versicherung)

Die 2invest AG hat eine Haftpflichtversicherung (D&O-Versicherung) mit einem Selbstbehalt für Mitglieder des Aufsichtsrats, für Mitglieder des Vorstands und für leitende Angestellte von verbundenen Unternehmen im In- und Ausland abgeschlossen. Der Selbstbehalt orientiert sich an den gesetzlichen Vorgaben und den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex. Die Versicherung deckt die Kosten der Rechtsverteidigung im Schadensfall und eventuell zu leistende Schadenersatzzahlungen, die durch die Versicherungspolice abgedeckt sind. Die Versicherungssumme ist bewusst niedrig gehalten, damit die Prämie in einem angemessenen Verhältnis zu den wirtschaftlichen Verhältnissen der Gesellschaft steht. Im Falle einer die Versicherungssumme übersteigenden Haftung haftet jedes einzelne Mitglied des Vorstands bzw. des Aufsichtsrats persönlich und in vollem Umfang.

7. Übernahmerelevante Informationen

Angaben nach §§ 289a Abs. 1 HGB

ZUSAMMENSETZUNG DES GEZEICHNETEN KAPITALS (NR. 1)

Das Grundkapital der 2invest AG in Höhe von 5.748.154 EUR zum 31. Dezember 2021 ist eingeteilt in 5.748.154 auf den Namen lautende Stammaktien ohne Nennbetrag mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 1 EUR je Aktie. Es sind ausnahmslos alle Stammaktien stimmberechtigt. Es gibt keine Inhaber von Aktien mit Sonderrechten oder sonstigen Stimmrechtsbeschränkungen.

BESCHRÄNKUNGEN, DIE STIMMRECHTE ODER DIE ÜBERTRAGUNG VON AKTIEN BETREFFEN (NR. 2)

Dem Vorstand sind keine Beschränkungen bekannt, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, insbesondere keine Beschränkungen, die sich aus Vereinbarungen zwischen Gesellschaftern ergeben können.

DIREKTE ODER INDIREKTE BETEILIGUNGEN AM KAPITAL, DIE 10 % DER STIMMRECHTE ÜBERSCHREITEN (NR. 3)

Am 12. November 2021 wurde von Herrn Wilhelm K. T. Zours eine aufsichtsrechtliche Meldung abgegeben, die eine Gesamtposition in den Aktien der 2invest AG seit dem 10. November 2021 von 48,27% bestätigt.

Am 15. November 2021 wurde von der mwb fairtrade Wertpapierhandelsbank AG eine aufsichtsrechtliche Meldung abgegeben, die eine Gesamtposition in den Aktien der 2invest AG seit dem 1. November 2021 von 10,11% bestätigt.

INHABER VON AKTIEN MIT SONDERRECHTEN (NR. 4)

Aktien der 2invest AG mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, bestanden und bestehen nicht.

ART DER STIMMRECHTSKONTROLLE IM FALLE DER ARBEITNEHMERBETEILIGUNG (NR. 5)

Es gibt keine Arbeitnehmer, die am Grundkapital der 2invest AG beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben können.

GESETZLICHE VORSCHRIFTEN UND BESTIMMUNGEN DER SATZUNG ÜBER DIE ERNENNUNG UND ABBERUFUNG DER MITGLIEDER DES VORSTANDS UND ÜBER ÄNDERUNGEN DER SATZUNG (NR. 6)

a) Ernennung von Vorstandsmitgliedern

Gemäß § 6 der Satzung der 2invest AG besteht der Vorstand aus einem oder mehreren Mitgliedern, wobei die tatsächliche Anzahl der weiteren Vorstandsmitglieder durch den Aufsichtsrat bestimmt wird. Der Aufsichtsrat kann einen Vorsitzenden und einen oder mehrere stellvertretende Vorsitzende des Vorstands ernennen.

b) Abberufung von Mitgliedern des Vorstandes

Die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands richtet sich nach den §§ 84 ff. AktG sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung des Aufsichtsrats.

c) Änderung der Satzung der Gesellschaft

Die Änderung der Satzung der Gesellschaft ist in den §§ 133 und 179 AktG in Verbindung mit § 9 Abs. 7 der Satzung der 2invest AG geregelt. Nach der Satzung der 2invest AG bedarf ein Beschluss der Hauptversammlung, der eine Satzungsänderung beschließt, der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften etwas anderes vorschreiben.

BEFUGNISSE DES VORSTANDS, ZUR AKTIENAUSGABE ODER ZUM AKTIENRÜCKKAUF (NR. 7)

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 5. Juli 2018 zur Ausgabe der folgenden neuen Aktien bzw. Wandlungs- oder Optionsrechte ermächtigt:

Gemäß § 4 Abs. 4 der Satzung der 2invest AG ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 4. Juli 2023 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe von bis zu 25.561.278 neuer auf den Namen lautender Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) aus dem genehmigten Kapital 2018 gegen Bar- und/oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu 25.561.278 EUR zu erhöhen. Der Vorstand kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre ausschließen

- soweit dies zur Vermeidung gebrochener Beträge erforderlich ist;
- zur Gewährung von Aktien gegen Sacheinlagen;
- soweit es zum Verwässerungsschutz erforderlich ist, um den Inhabern von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, Wandelschuldverschreibungen oder Optionsscheinen ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung ihres Wandlungs- oder Optionsrechts bzw. nach Erfüllung einer Wandlungspflicht zustehen würde; oder
- bei einer Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen, wenn der auf die neuen Aktien, für die das Bezugsrecht ausgeschlossen wird, entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals 10 % des zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ermächtigung* und des zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung eingetragenen Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien gleicher Ausstattung nicht wesentlich unterschreitet.

(*) Die Ermächtigung für das genehmigte Kapital 2018 wurde am 24. Oktober 2018 mit Eintragung in das Handelsregister wirksam. Das Grundkapital betrug zu diesem Zeitpunkt 51.411.323 EUR.

Von dieser Ermächtigung hat der Vorstand bis zum 31. Dezember 2021 noch keinen Gebrauch gemacht. Somit stand ein genehmigtes Kapital in Höhe von insgesamt 25.561.278 EUR zur Verfügung.

Gemäß § 4 Abs. 5 der Satzung der 2invest AG ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe von bis zu 1.000.000 neuen, auf den Namen lautenden Stammaktien ohne Nennbetrag aus dem bedingten Kapital 2019 um insgesamt bis zu 1.000.000 EUR zu erhöhen. Die bedingte Kapitalerhöhung aus dem bedingten Kapital 2019 wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Aktienoptionen, die von der Gesellschaft aufgrund des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung vom 7. Juli 2017 (Aktienoptionsplan 2019) in der Fassung der Hauptversammlung vom 9. Juli 2019 bis einschließlich 6. Juli 2024 ausgegeben werden, von ihrem Bezugsrecht Gebrauch machen und die Gesellschaft nicht eigene Aktien oder aus einem bestehenden oder neu geschaffenen genehmigten Kapital gewährt oder einen Barausgleich vornimmt. Die aus der Ausübung dieser Bezugsrechte hervorgehenden neuen auf den Namen lautenden Stammaktien sind vom Beginn des Geschäftsjahres an, für das am Tag der Ausgabe der Aktien noch kein Beschluss der Hauptversammlung über die Verwendung des Bilanzgewinns gefasst worden ist, dividendenberechtigt. Von dem bedingten Kapital 2019 wurde zum 31. Dezember 2021 noch kein Gebrauch gemacht.

Gemäß § 4 Abs. 6 der Satzung der 2invest AG ist das Grundkapital um bis zu 4.000.000 EUR durch Ausgabe von bis zu 4.000.000 auf den Namen lautende Stammaktien bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2018/I). Die bedingte Kapitalerhöhung aus dem bedingten Kapital 2018/I wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Aktienoptionen, die von der Gesellschaft aufgrund des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung vom 7. Juli 2017 (Aktienoptionsplan 2017) mit den Änderungen gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 5. Juli 2018 bis zum 6. Juli 2022 ausgegeben werden, von ihrem Bezugsrecht Gebrauch machen und die Gesellschaft nicht eigene Aktien oder aus einem bestehenden oder neu geschaffenen genehmigten Kapital gewährt oder einen Barausgleich beschließt. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, für das zum Zeitpunkt der Ausgabe der Aktien noch kein Beschluss der Hauptversammlung über die Verwendung des Bilanzgewinns gefasst worden ist, am Gewinn teil. Von dem bedingten Kapital 2018/I wurde zum 31. Dezember 2021 noch kein Gebrauch gemacht.

Gemäß § 4 Abs. 7 der Satzung der 2invest AG ist das Grundkapital um bis zu 14.958.370 EUR durch Ausgabe von bis zu 14.958.370 auf den Namen lautenden Stammaktien bedingt erhöht (bedingtes Kapital 2018/II), nachdem im Laufe des Jahres Aktien aus Options- und Wandelschuldverschreibungen ausgegeben wurden. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Options- oder Wandelschuldverschreibungen, die aufgrund des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung vom 5. Juli 2018 ausgegeben werden, von ihren Options- bzw. Wandlungsrechten Gebrauch machen oder, soweit sie zur Wandlung verpflichtet sind, ihre Verpflichtung zur Wandlung ihrer Wandelschuldverschreibungen erfüllen und die Gesellschaft nicht eigene Aktien oder aus einem bestehenden oder neu geschaffenen genehmigten Kapital gewährt oder einen Barausgleich vornimmt. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, für das im Zeitpunkt der Ausgabe der Aktien noch kein Beschluss der Hauptversammlung über die Verwendung des Bilanzgewinns gefasst worden ist, am Gewinn teil. Im Geschäftsjahr 2021 wurde von dem Bedingten Kapital 2018/II kein Gebrauch gemacht, so dass es zum 31. Dezember 2021 14.958.370 EUR beträgt.

Gemäß § 4 Abs. 9 der Satzung der 2invest AG ist das Grundkapital um bis zu 37.362 EUR durch Ausgabe von bis zu 37.362 auf den Namen lautenden Stammaktien bedingt erhöht (bedingtes Kapital V), nachdem unterjährig Aktien aus einer Wandelanleihe ausgegeben wurden. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Options- oder Wandelschuldverschreibungen, die aufgrund des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung vom 20. Juni 2016 ausgegeben werden, von ihren Options- oder Wandlungsrechten Gebrauch machen oder, soweit sie zur Wandlung verpflichtet sind, ihre Verpflichtung zur Wandlung ihrer Wandelschuldverschreibungen erfüllen und die Gesellschaft nicht eigene Aktien oder Aktien aus einem bestehenden oder neu geschaffenen genehmigten Kapital gewährt oder einen Barausgleich vornimmt. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, für das im Zeitpunkt der Ausgabe der Aktien noch kein Beschluss der Hauptversammlung über die Verwendung des Bilanzgewinns gefasst worden ist, am Gewinn teil. Im Geschäftsjahr 2021 wurde von dem bedingten Kapital V kein Gebrauch gemacht, so dass es zum 31. Dezember 2021 37.362 EUR beträgt.

WESENTLICHE VEREINBARUNGEN, DIE UNTER DER BEDINGUNG EINES KONTROLLWECHSELS INFOLGE EINES ÜBERNAHMEANGEBOTS STEHEN (NR. 8)

Wesentliche Vereinbarungen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist und die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, bestehen zum Berichtszeitpunkt nicht.

ENTSCHÄDIGUNGSVEREINBARUNGEN FÜR DEN FALL EINES ÜBERNAHMEANGEBOTS (NR. 9)

Es bestehen keine Entschädigungsvereinbarungen mit den Mitgliedern des Vorstands oder mit den Arbeitnehmern für den Fall eines Übernahmeangebots.

8. Abhängigkeitsbericht

Für den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 wurde nach § 312 AktG ein Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erstellt. Zu den berichtspflichtigen Vorgängen wird darin erklärt: „Die 2invest AG hat bei den im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen, für den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die dem Vorstand in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist dadurch, dass die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden.“

9. Vergütungsbericht

Für eine detaillierte Übersicht der Zusammensetzung der Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen und deren Entwicklung siehe „Vergütungsbericht der 2invest AG für das Geschäftsjahr 2021“, der auf der Internetseite der 2invest AG öffentlich zugänglich ist, worauf Bezug genommen wird (siehe: <https://2invest-ag.com/de/>).

10. Erklärung zur Unternehmensführung

Die 2invest AG bekennt sich zu den anerkannten Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Die 2invest AG verfügt gegenwärtig über einen Vorstand sowie einen dreiköpfigen Aufsichtsrat. Neben dem Vorstand hat die 2invest AG nur noch zwei Teilzeitangestellte. Die 2invest AG agiert als reine Beteiligungs- und Investitionsgesellschaft ohne eigenes operatives Geschäft. Vorstand und Aufsichtsrat der 2invest AG erklären deshalb, dass sie die Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex nicht mehr anwenden. Zuletzt mit Beschluss vom 25. Februar 2022 haben Vorstand und Aufsichtsrat festgelegt, den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex, wie er am 20. März 2020 im Bundesanzeiger veröffentlicht wurde, nicht nachzukommen. Die Gesellschaft ist der Meinung, dass die Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex für große Publikumsgesellschaften, insbesondere solche mit einem eigenen operativen Geschäftsbetrieb, entworfen wurden, jedoch unpassend sind für Gesellschaften von der Größe der 2invest AG. Daher wird den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex nicht nachgekommen. Die Größe und wirtschaftliche Bedeutung der Gesellschaft erfordern keine Orientierung an den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex, die im Wesentlichen für große börsennotierte Unternehmen konzipiert sind. Im Übrigen ist eine ordnungsgemäße Unternehmensführung durch Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen möglich.

Die 2invest AG veröffentlicht die Erklärung zur Unternehmensführung (§ 289f HGB) auf ihrer Homepage unter <https://2invest-ag.com/de/corporate-governance/entsprechenserklaerung/>. Diese Erklärung beinhaltet die Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG, die unter <https://2invest-ag.com/de/corporate-governance/> abgerufen werden kann.

Heidelberg, 12. April 2022

gez. Hansjörg Plaggemars

Vorstand

Bilanzzeit der 2invest AG (vormals: 4basebio AG), Heidelberg

ERKLÄRUNG GEMÄSS § 264 ABSATZ 2 SATZ 3 UND GEMÄSS § 289f ABSATZ 1 SATZ 5 HGB

„Ich versichere nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.“

Heidelberg, 12. April 2022

gez. Hansjörg Plaggemars

Vorstand

Bilanz der Zinvest AG (vormals: 4basebio AG), Heidelberg

[in TEUR]	31.12.2021	31.12.2020		31.12.2021	31.12.2020
Aktiva			Passiva		
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	5.748	51.733
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	0	9	rechnerischer Wert des bedingten Kapitals 19.996 TEUR (Vorjahr: 19.996 TEUR)		
II. Sachanlagen			II. Kapitalrücklage	367.562	321.578
Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	0	5	III. Bilanzverlust	-290.698	-288.810
III. Finanzanlagen				82.612	84.501
1. Beteiligungen	4.460	4.497	B. Rückstellungen		
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	11.140	0	1. Steuerrückstellungen	110	0
	15.600	4.511	2. Sonstige Rückstellungen	86	605
B. Umlaufvermögen				196	605
I. Sonstige Vermögensgegenstände	24.692	14.691	C. Verbindlichkeiten		
II. Sonstige Wertpapiere	39.359	19.147	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ¹⁾	4.252	0
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	7.742	47.176	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen ²⁾	42	439
	71.793	81.014	3. Sonstige Verbindlichkeiten ^{3) 4) 5)}	238	20
C. Rechnungsabgrenzungsposten	9	40		4.532	459
	87.402	85.565	D. Rechnungsabgrenzungsposten	62	0
				87.402	85.565

¹⁾ davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr 4.252 TEUR (31. Dezember 2020: 0 TEUR)

²⁾ davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr 42 TEUR (31. Dezember 2020: 439 TEUR)

³⁾ davon aus Steuern 0 TEUR (31. Dezember 2020: 0 TEUR)

⁴⁾ davon im Rahmen der sozialen Sicherheit 0 TEUR (31. Dezember 2020: 1 TEUR)

⁵⁾ davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr 0 TEUR (31. Dezember 2020: 20 TEUR), davon mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr 238 TEUR (31. Dezember 2020: 0 TEUR)

Gewinn- und Verlustrechnung der Zinvest AG (vormals: 4basebio AG), Heidelberg

[in TEUR]	01.01. – 31.12.	
	2021	2020
1. Umsatzerlöse	0	69
2. Sonstige betriebliche Erträge davon aus Währungsumrechnung 89 TEUR (Vorjahr: 3 TEUR)	2.082	68.354
	2.082	68.423
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-146	-65
b) soziale Abgaben	-12	-14
	-158	-79
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	-14	-11
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen davon aus Währungsumrechnung 216 TEUR (Vorjahr: 2 TEUR)	-1.107	-12.013
6. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	9	0
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	978	0
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-9	-1.220
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	-3.560	-28
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0
11. Ergebnis nach Steuern	-1.779	55.072
12. Sonstige Steuern	-110	-39
13. Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	-1.889	55.033
14. Verlustvortrag	-288.810	-343.842
15. Entnahme aus der Kapitalrücklage	0	11.511
16. Vermögensminderung durch Abspaltung	0	-11.511
17. Bilanzverlust	-290.698	-288.810

Kapitalflussrechnung der 2invest AG (vormals: 4basebio AG), Heidelberg

[in TEUR]	01.01. - 31.12.	
	2021	2020
Jahresfehlbetrag/ Jahresüberschuss	-1.889	55.033
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen	3.448	39
- Abnahme der Rückstellungen	-408	-526
-/+ Zunahme / Abnahme anderer Aktiva	-9.390	348
-/+ Abnahme / Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	-117	-5.294
+ Einzahlungen aus Investitionen in Wertpapiere des Umlaufvermögens	25.196	0
- Auszahlungen für Investitionen in Wertpapiere des Umlaufvermögens	-48.848	-19.147
- Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-36	-68.351
+ Aufwendungen aus Sanierungszuschuss	0	9.704
+/- Zinsaufwendungen / -erträge	969	1.220
- Sonstige Beteiligungserträge	-9	0
= Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-33.022	-26.974
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	0	-6
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	72	108.664
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-11.125	-16.008
- Auszahlungen für Sanierungszuschuss	0	-9.704
+ Erhaltene Zinsen	389	0
+ Erhaltene Dividenden	9	0
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-10.655	+82.946
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern	0	2.000
- Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an Gesellschafter	0	-9.677
+ Einzahlungen aus Aufnahme von Krediten	4.252	0
- Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	0	-1.202
- Gezahlte Zinsen	-9	0
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	+4.243	-8.879
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-39.434	-47.093
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	47.176	83
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	7.742	47.176

Eigenkapitalspiegel der Zinvest AG (vormals: 4basebio AG), Heidelberg

[in TEUR]	Gezeichnetes Kapital (Stammaktien)	Kapital- rücklage	Bilanz- verlust	Eigenkapital Summe
Stand 1. Januar 2020	52.310	337.124	-343.843	45.591
Kapitalherabsetzung aus Aktienrückkaufprogramm	-5.231	-4.446	0	-9.677
Kapitalerhöhung aus bedingtem Kapital (TGR BioSciences Pty. Ltd, Adelaide/Australien)	1.612	-806	0	806
Kapitalerhöhung aus bedingtem Kapital (Wandelanleihe und zugehörige Optionsrechte)	3.042	1.217	0	4.259
Entnahme Kapitalrücklage (Abspaltung)	0	-11.511	0	-11.511
Jahresüberschuss	0	0	55.033	55.033
Stand 31. Dezember 2020	51.733	321.578	-288.810	84.501
Stand 1. Januar 2021	51.733	321.578	-288.810	84.501
Kapitalherabsetzung im Verhältnis 9:1	-45.985	45.985	0	0
Jahresfehlbetrag	0	0	-1.889	-1.889
Stand 31. Dezember 2021	5.748	367.562	-290.698	82.612

Anhang

Zinvest AG (vormals: 4basebio AG), Heidelberg

Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021

Anhang der Zinvest AG (vormals: 4basebio AG), Heidelberg

1. Allgemeine Angaben	33
2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	33
3. Erläuterungen zur Bilanz	35
a) Anlagevermögen	35
b) Umlaufvermögen	35
c) Rechnungsabgrenzungsposten	36
d) Eigenkapital	36
e) Rückstellungen	36
f) Verbindlichkeiten	36
g) Rechnungsabgrenzungsposten	36
4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	37
a) Sonstige betriebliche Erträge	37
b) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	37
c) Sonstige betriebliche Aufwendungen	37
d) Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge sowie Zinsen und ähnliche Aufwendungen	37
e) Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	37
f) Außergewöhnliche Erträge und Aufwendungen	37
5. Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung	38
6. Erläuterungen zum Eigenkapitalspiegel	38
7. Sonstige Angaben	39
a) Derivative Finanzinstrumente	39
b) Ergebnisverwendung	39
c) Mitarbeiter	39
d) Organe	40
e) Geschäfte mit nahestehenden Personen und Unternehmen	41
f) Honorare und Dienstleistungen des Abschlussprüfers	41
g) Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen	41
h) Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG	42
i) Abhängigkeitsbericht	42
j) Konzernabschluss	42
k) Angaben gemäß § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG	42
l) Nachtragsbericht	42
Anlagespiegel	44

1. Allgemeine Angaben

Die 2invest AG (vormals: 4basebio AG), Heidelberg, ist eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht (nachfolgend „2invest AG“ oder „die Gesellschaft“). Die Gesellschaft fungierte im Geschäftsjahr 2021 als Beteiligungsgesellschaft.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister am Amtsgericht Mannheim unter der Nummer HRB 335706 registriert und hat ihren Sitz in der Ziegelhäuser Landstr. 3, 69120 Heidelberg. Die Gesellschaft ist an der Frankfurter Wertpapierbörse unter der deutschen Wertpapierkennnummer (WKN) A3H3L4 bzw. unter der internationalen Wertpapiernummer (ISIN) DE000A3H3L44 notiert. Bis zum Ablauf des 5. Novembers 2021 war die Gesellschaft im Prime Standard, seitdem im regulierten Markt (General Standard) gelistet.

Der Jahresabschluss der 2invest AG wird unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung nach den handelsrechtlichen Vorschriften der §§ 242 bis 256a und der §§ 264 bis 288 HGB sowie den ergänzenden Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG) unter der Annahme der Unternehmensfortführung aufgestellt. Die 2invest AG ist eine kapitalmarktorientierte Aktiengesellschaft im Sinne von § 264d HGB und wird daher als große Kapitalgesellschaft gemäß § 267 Abs. 3 S. 2 HGB eingestuft.

Das Geschäftsjahr der 2invest AG stimmt mit dem Kalenderjahr überein. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Der Jahresabschluss wird in Euro (EUR) aufgestellt. Soweit nicht anders vermerkt, werden alle Beträge in Tausend Euro (TEUR) angegeben. Aus rechentechnischen Gründen können in den in diesem Abschluss dargestellten Informationen Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (EUR, % usw.) auftreten.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren unverändert (wie im Vorjahr) die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** sind zu Anschaffungskosten bilanziert und werden, sofern sie der Abnutzung unterliegen, entsprechend ihrer Nutzungsdauer um linear ermittelte planmäßige Abschreibungen vermindert. Selbst erstellte immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden nicht aktiviert.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert. Die Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer vorgenommen und bemessen sich nach der linearen Methode. Die Abschreibungen auf Zugänge des Sachanlagevermögens werden zeitanteilig vorgenommen.

Anschaffungskosten von geringwertigen Vermögensgegenständen bis zu 800 EUR werden sofort abgeschrieben, alle darüber liegenden Anschaffungswerte werden aktiviert und planmäßig über ihre Laufzeit abgeschrieben.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten oder, bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung, zu niedrigeren beizulegenden Werten nach dem Grundsatz der Einzelbewertung nach § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB angesetzt.

Voraussichtlich dauernde Wertminderungen von Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wird durch außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert Rechnung getragen. Als beizulegender Wert gilt für Anteile an börsennotierten Unternehmen der Börsenkurs am Stichtag bzw. am letzten Handelstag vor diesem Datum. In begründeten Einzelfällen erfolgt auch eine Bewertung unterhalb des Börsenkurses.

Bei Wertpapieren des Anlagevermögens wird nur bei einer dauernden Wertminderung eine außerplanmäßige Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. Als Kriterium für außerplanmäßige Abschreibungen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung der Wertpapiere des Anlagevermögens gilt die bisherige Dauer einer bereits eingetretenen Wertminderung;

- a. liegt in den dem Abschlussstichtag vorausgehenden sechs Monaten der Börsenkurs des Wertpapiers bzw. der Net-Asset-Value des Fondsanteils permanent über 20 % unter dem Buchwert, so wird die Wertminderung als dauernd angesehen;
- b. dasselbe gilt, wenn der volumengewichtete Durchschnittswert des täglichen Börsenkurses bzw. der Net-Asset-Value in den letzten zwölf Monaten über 10 % unter dem Buchwert liegt.

Wenn der Börsenhandel eines Wertpapiers in den letzten sechs Monaten an weniger als 20 Handelstagen und in den letzten zwölf Monaten an weniger als 40 Handelstagen Börsenumsätze aufweist, wird der Börsenmarkt als nicht liquide betrachtet. Weist der Börsenkurs zum Stichtag auf eine Wertminderung hin, wird - ausgehend vom Stichtagskurs - eine Einzelfallbetrachtung vorgenommen. In diesem Fall erfolgt unmittelbar die Erfassung einer voraussichtlich dauernden Wertminderung.

Für nicht börsennotierte Anteile können sich Anzeichen für Wertminderungen zum Beispiel aus aktuellen Finanzierungsrunden, aus eigenen Einschätzungen der jeweiligen Investoren oder aus Verkaufsverhandlungen ergeben, die einen unter den

Anschaffungskosten liegenden Preis signalisieren. In diesen Fällen wird die jeweilige Beteiligung auf diesen niedrigeren Wert abgeschrieben.

Wertaufholungen (Zuschreibungen auf Finanzanlagen) werden, soweit die Gründe für in Vorjahren vorgenommene Abschreibungen am Bilanzstichtag nicht mehr bestehen, höchstens bis zu den historischen Anschaffungskosten vorgenommen.

Sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert oder dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt und – soweit unverzinslich – bei Restlaufzeiten von über einem Jahr auf den Bilanzstichtag abgezinst. Allen risikobehafteten Posten ist durch die Bildung angemessener Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen.

Die **Wertpapiere des Umlaufvermögens** werden zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bilanziert. Als beizulegender Wert gilt für Anteile an börsennotierten Unternehmen der Börsenkurs am Stichtag bzw. am letzten Handelstag vor diesem Datum. Für nicht börsennotierte Anteile können sich Anzeichen für Wertminderungen zum Beispiel aus aktuellen Finanzierungsrunden der jeweiligen Investoren oder aus Verkaufsverhandlungen ergeben, die einen unter den Anschaffungskosten liegenden Preis signalisieren. In diesen Fällen wird die jeweilige Beteiligung auf diesen niedrigeren Wert abgeschrieben.

Die **flüssigen Mittel** (Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten) werden zum Nennwert angesetzt.

Das **gezeichnete Kapital** wird zum Nennwert bilanziert.

Die **Rückstellungen** berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften. Die Rückstellungen sind in Übereinstimmung mit § 253 Abs. 1 HGB in Höhe derjenigen Erfüllungsbeträge gebildet worden, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig waren. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen wurden berücksichtigt, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst, wie er von der Deutschen Bundesbank ermittelt und bekannt gegeben wurde.

Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Unter den **Rechnungsabgrenzungsposten** werden Ausgaben (bzw. Einnahmen) vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwendungen (bzw. Erträge) für einen bestimmten Zeitraum danach darstellen.

Latente Steuern resultieren aus temporären und quasi-permanenten Bewertungsunterschieden zwischen der handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Bewertung der Wertpapiere im Umlaufvermögen, der Rückstellungen sowie aus bestehenden Verlustvorträgen. Zum Bilanzstichtag verfügt die Gesellschaft über einen körperschaftsteuerlichen Verlustvortrag von 14,8 Mio. EUR und einen gewerbsteuerlichen Verlustvortrag von 10,4 Mio. EUR. Die Bewertung erfolgt mit den unternehmensindividuellen Steuersätzen (Körperschaftsteuer 15,83 % und Gewerbesteuer 14,00 %) im Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen. Latente Steuern werden nicht abgezinst. In Anwendung des Wahlrechts in § 274 Abs. 1 Satz 3 HGB werden aktive und passive Latenzen miteinander verrechnet. Ein Ansatz des Überhangs der aktiven latenten Steuer erfolgte in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB zum Bilanzstichtag nicht.

Forderungen und Verbindlichkeiten in fremder Währung mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr werden zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Bei einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden das Realisationsprinzip (§ 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB) und das Anschaffungskostenprinzip (§ 253 Abs. 1 HGB) beachtet. Die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen davon-Vermerke „Währungsumrechnung“ enthalten sowohl realisierte als auch nicht realisierte Währungskursdifferenzen.

Ermessensspielräume: Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses muss der Vorstand der 2invest AG Einschätzungen vornehmen und Annahmen treffen, die die Ansätze und die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden zum Abschlussstichtag sowie die Aufwendungen und Erträge für den Berichtszeitraum als auch die Angabe von Risiken und Unsicherheiten beeinflussen. Die tatsächlichen Ergebnisse können von diesen Einschätzungen abweichen.

3. Erläuterungen zur Bilanz

a) Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist in dem in der Anlage zum Anhang enthaltenen Anlagespiegel dargestellt.

Bei keinem Wertpapier des Anlagevermögens liegt der Buchwert über dem beizulegenden Zeitwert.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Zinvest AG hält am Bilanzstichtag (31. Dezember 2021) folgende Anteile an verbundenen Unternehmen:

Gesellschaft	Sitz	Währung	Kapital- anteil [in %]	in Tausend	
				Eigenkapital 31.12.2020 [in LW]	Ergebnis GJ 2020 [in LW]
4basebio Verwaltungs GmbH i.L.	Heidelberg, Deutschland	EUR	100	-2	-6

Die Zinvest AG beherrscht zum 31. Dezember 2021 nur die sich in Liquidation befindliche 4basebio Verwaltungs GmbH i.L., Heidelberg, deren Anteile zu diesem Zeitpunkt im Bilanzposten „Anteile an verbundenen Unternehmen“ mit einem Erinnerungswert von 1 EUR ausgewiesen waren und von der Gesellschaft noch bis zum Ablauf des Liquidationsjahres gehalten werden. Dieses Tochterunternehmen verfügt über kein wesentliches Nettovermögen und ist daher für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Zinvest AG nicht wesentlich.

Beteiligungen

Die Zinvest AG hält am Bilanzstichtag (31. Dezember 2021) folgende Beteiligungen:

Gesellschaft	Sitz	Währung	Kapital- anteil [in %]	in Tausend	
				Eigenkapital 31.12.2020 [in LW]	Ergebnis GJ 2020 [in LW]
4basebio PLC (vormals: 4basebio UK Societas, 4basebio SE; Atrium 180. Europäische VV SE)	Cambridge, UK (vormals: Düsseldorf, Deutschland)	GBP	30	15.393	-2.086

b) Umlaufvermögen

Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände zum 31. Dezember 2021 beziehen sich zum einen auf Ansprüche auf Barmittel, die auf einem Treuhandkonto gehalten werden (14.400 TEUR) sowie zum anderen im Wesentlichen auf Forderungen im Zusammenhang mit sonstigen festverzinslichen Anlagen in Höhe von 7.111 TEUR sowie sonstige Forderungen in Höhe von 3.181 TEUR. Das Treuhandvermögen steht im Zusammenhang mit dem Verkauf der Proteomik- und Immunologie-Geschäftsbereiche an Abcam PLC, Cambridge/UK und Abcam Inc., Boston/USA mit Wirkung zum 1. Januar 2020 („Abcam-Transaktion“), und diente als Absicherung von an Abcam gewährten Garantien und Gewährleistungen im Rahmen der Transaktion. Das Treuhandvermögen wurde am 1. Januar 2022 freigegeben. Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten Forderungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr in Höhe von 17 TEUR (Vorjahr 0 TEUR).

Sonstige Wertpapiere

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens setzten sich im Wesentlichen aus Aktien und Anleihen aus den Bereichen Natural Resources von 34.641 TEUR sowie aus anderen Branchen von 4.719 TEUR zusammen. Die wesentlichsten Investments im Bereich Natural Resources sind in dem Sub-Bereich Edelmetalle (Gold/Silber) Skeena Resources Ltd., Vancouver/Kanada (3.461 TEUR), Gascoyne Resources, Perth/Australien (3.154 TEUR), Kin Mining NL, Perth/Australien (2.573 TEUR), Geopacific Resources Ltd., Perth/Australien (1.966 TEUR) und Wiluna Mining Corp., Perth/Australien (1.717 TEUR sowie 2.562 TEUR die zum Bilanzstichtag unter sonstige Vermögensgegenstände ausgewiesen werden, da die Aktien aus einer Kapitalmaßnahme zu diesem Zeitpunkt noch nicht geliefert waren, somit in Summe 4.279 TEUR); in dem Sub-Bereich Energie Allegiance Coal Ltd., Sydney/Australien (4.337 TEUR), Arrow Resources Pty, Sydney/Australien (3.384 TEUR) sowie Clere AG, Berlin (2.393 TEUR) und in dem Sub-Bereich sonstige Rohstoffe Almonty Industries, Toronto/Kanada (2.100 TEUR), Diatreme Resources Ltd. Coorparoo/Australien (1.754 TEUR), Austral Resources Ltd., Brisbane/Australien (1.057 TEUR). Siehe hierzu auch im Lagebericht unter „3 a) Überblick über den Geschäftsverlauf; dort: Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft“. Im Vorjahr bestand die Position aus Schuldinstrumenten der Drägerwerk AG & Co. KGaA, Lübeck (sog. Drägerwerk Genussscheine Series D), welche im Geschäftsjahr veräußert wurden.

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten Aktienoptionen in Höhe von 254 TEUR. Die Ermittlung erfolgte mit Hilfe des Black-Scholes-Models. Die Option haben eine Laufzeit bis 2023.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

Dieser Bilanzposten beinhaltet die liquiden Mittel der 2invest AG, die auf verschiedene Kreditinstitute verteilt sind.

c) Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten betrug zum 31. Dezember 2021 8 TEUR und umfasst vorausbezahlte Unternehmensausgaben, die sich auf das Geschäftsjahr 2022 beziehen.

d) Eigenkapital

Es wird auf die Ausführungen in Abschnitt „F. Erläuterungen zum Eigenkapitalspiegel“ verwiesen.

e) Rückstellungen

Zum 31. Dezember 2021 bestehen Steuerrückstellungen in Höhe von 110 TEUR für noch nicht abgeführte Steuern. Die sonstigen Rückstellungen betragen zum 31. Dezember 2021 86 TEUR und bestehen im Wesentlichen aus Rechts-/Beratungskosten im Zusammenhang mit einer aktiven Umsatzsteuerklage (26 TEUR), Prüfungs- und Steuerberatungskosten (27 TEUR), Aufbewahrungskosten (20 TEUR) sowie ausstehende Rechnungen (11 TEUR).

f) Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (4.252 TEUR) haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (42 TEUR) haben analog zum Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Sonstige Verbindlichkeiten

Sonstige Verbindlichkeiten bestehen im Wesentlichen aus einer Unterbeteiligung der i2i Capital Limited, Cambridge/UK, an der Leucid Bio Ltd., Cambridge/UK (238 TEUR) und haben eine Restlaufzeit von über einem Jahr. Die sonstigen sonstigen Verbindlichkeiten von 5 TEUR haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

g) Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten steht im Zusammenhang mit einer mit Disagio ausbezahlten Wandelschuldverschreibung, welches über die Laufzeit der Schuldverschreibung ertragswirksam aufgelöst wird.

4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

a) Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich im Geschäftsjahr 2021 auf 2.082 TEUR und resultierten im Wesentlichen aus dem Verkauf von Wertpapieren des Umlaufvermögens in Höhe von 1.664 TEUR sowie Zuschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens 112 TEUR und Erträge aus Währungsumrechnungen 90 TEUR. In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge in Höhe von 51 TEUR.

b) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen beliefen sich im Geschäftsjahr 2021 auf 14 TEUR, da diese nach der Ausrichtung der Gesellschaft hin zur Beteiligungsgesellschaft und in dem Zuge Aufgabe der früheren Räumlichkeiten nicht mehr genutzt werden konnten und daher vollständig abgeschrieben wurden.

c) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die im Geschäftsjahr 2021 in Höhe von 1.107 TEUR angefallenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Rechts-/Beratungskosten (260 TEUR), Aufwendungen aus Währungsumrechnungen (216 TEUR), Kapitalmarktkosten (143 TEUR), Bankgebühren inkl. Verwarentgelte (137 TEUR) sowie Buchführungs-/Abschlusskosten (122 TEUR). Die periodenfremden Aufwendungen belaufen sich insgesamt auf 116 TEUR, wovon 110 TEUR sich auf Steuernachzahlungen beziehen.

d) Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge sowie Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die im Geschäftsjahr 2021 in Höhe von 978 TEUR angefallenen sonstige Zinsen und ähnliche Erträge betreffen im Wesentlichen Zinsen aus verschiedenen Anleihen und Schuldverschreibungen aus dem Umlaufvermögen. In den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen sind Erträge aus Aufzinsung in Höhe von 89 TEUR (Vorjahr 0 TEUR) enthalten.

Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von 9 TEUR betreffen im Wesentlichen die Zinsaufwendungen im Zusammenhang mit Ausleihungen von Kreditinstituten.

e) Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen betragen im Geschäftsjahr 0 TEUR (Vorjahr 28 TEUR). Im Geschäftsjahr gibt es Wertminderungen in Höhe von 2.320 TEUR, die in Folge der oben beschriebenen Regelung zum Stichtag nur als vorübergehend eingestuft werden und daher nicht in den Abschreibungen enthalten sind. Die Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens betragen 3.560 TEUR (Vorjahr 0 TEUR) und resultierten aus Abschreibungen auf den niedrigeren Kurs zum Abschlussstichtag.

f) Außergewöhnliche Erträge und Aufwendungen

Als Teil ihrer Cash-Management-Strategie und um die Auswirkungen negativer Einlagezinsen auf die von der Gesellschaft gehaltenen Barguthaben nach der Abcam-Transaktion abzumildern, investierte die Zinvest AG in Drägerwerk Series D-Instrumente (Genussscheine). Am 24. März 2020 hat die Drägerwerk AG & Co. KGaA, Lübeck (im Folgenden „Drägerwerk“) ihre Entscheidung bekannt gegeben, alle Genussscheine der Serie D am 4. Januar 2023 für insgesamt ca. 310 Mio. EUR zurückzukaufen. Der Preis bestimmt sich nach einer gewichteten Durchschnittspreisformel und ist von Drägerwerk mit Blick auf diesen Rückerwerbstag mit 546,20 EUR pro Instrument beziffert worden. Infolgedessen erwarb die Zinvest AG am 3. sowie am 6. Juli 2020 insgesamt 20.000 Instrumente zu einem Preis von 512 EUR pro Instrument. In der Folge erwarb die Zinvest AG am 24. November 2020 weitere 17.329 Instrumente zu einem Preis von 514 EUR pro Instrument, sodass die fortgeführten Anschaffungskosten zum 31. Dezember 2020 19.147 TEUR betragen. Im ersten Halbjahr 2021 wurden die gehaltenen Genussscheine vollständig mit einem Ertrag von 980 TEUR veräußert.

Die Zinvest AG investierte im Geschäftsjahr 2021 insgesamt rund 3,0 Mio. EUR in Geopacific Resources Ltd. (GPR), einem an dem ASX in Australien gelisteten, werdenden Goldproduzenten in Papua-Neuguinea. GPR verfügt über mehr als 1,5 Mio. Unzen an Gold in Mineral Resources und 1.0 Mio. Unzen in Ore Reserves. Das Projekt zeigt einen NPV von 347 Mio. AUD, bei einem Goldpreis von 2.200 AUD / Unze. Der aktuelle Goldpreis liegt bei über 2.500 AUD / Unze. Der Börsenwert der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021 lag bei rund 109 Mio. AUD. Das Projekt hat sich jedoch aus einer Kombination der folgenden Faktoren verzögert: (i) Ungünstige Witterungsverhältnisse, (ii) ineffizienter Projektaufbau und (iii) COVID-19-Fälle in ganz Papua-Neuguinea, was zu einem Einbruch des Aktienkurses führte. Es wurde daher eine Abschreibung auf den niedrigeren Stichtagskurs in Höhe von 1.003 TEUR vorgenommen.

5. Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

Der Finanzmittelfonds besteht ausschließlich aus Kassen- und Bankguthaben und entspricht dem Bilanzposten „Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten“.

6. Erläuterungen zum Eigenkapitalpiegel

Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital der 2invest AG betrug zum 31. Dezember 2021 5.748.154 EUR und setzt sich aus 5.748.154 nennwertlosen, auf den Namen lautende Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 1 EUR je Aktie zusammen. Es bestehen ausnahmslos stimmberechtigte Stammaktien. Es gibt keine Inhaber von Aktien mit Sonderrechten oder anderen Beschränkungen hinsichtlich des Stimmrechts.

Am 3. November 2020 hat die außerordentliche Hauptversammlung der vormals unter 4basebio AG firmierenden 2invest AG eine Kapitalherabsetzung im Verhältnis 9:1 beschlossen, die am 28. Januar 2021 in das zuständige Handelsregister eingetragen wurde, so dass das Grundkapital der Gesellschaft zu diesem Zeitpunkt von 51.733.386 Aktien um 45.985.232 Aktien auf 5.748.154 Aktien reduziert wurde. Die Änderung wurde am 25. März 2021 in das zuständige Handelsregister eingetragen.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage erhöhte sich im Geschäftsjahr 2021 um 45.985 TEUR auf 367.562 TEUR zum 31. Dezember 2021, bedingt durch die am 3. November 2020 beschlossene vereinfachte Kapitalherabsetzung nach §§ 222 ff. AktG zum Ausgleich von Verlusten durch Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis 9:1, die am 28. Januar 2021 in das zuständige Handelsregister eingetragen wurde.

Genehmigtes Kapital

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 5. Juli 2018 wurde das damals genehmigte Kapital aufgehoben und ein neues genehmigtes Kapital in Höhe von 25.561.278 EUR (Genehmigtes Kapital 2018) geschaffen. Dem Vorstand wurde von der Hauptversammlung die Befugnis erteilt, die folgenden neuen Aktien oder Wandlungs- oder Optionsrechte auszugeben:

Gemäß § 4 Abs. 4 der Satzung der Gesellschaft ist der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft um insgesamt 25.561.278 EUR durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautenden Stammaktien ohne Nennbetrag aus dem Genehmigten Kapital 2018 gegen Bar- und/oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals bis einschließlich 4. Juli 2023 zu erhöhen. Der Vorstand kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre ausschließen

- soweit dies zur Vermeidung von Spitzenbeträgen erforderlich ist;
- um Aktien gegen Sacheinlagen zu gewähren;
- soweit es zum Verwässerungsschutz erforderlich ist, den Inhabern von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, Wandelanleihen oder Optionsscheinen ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang einzuräumen, wie es den Inhabern nach Ausübung ihrer Wandlungs- oder Optionsrechte oder nach Erfüllung einer Wandlungspflicht zustehen würde; oder
- im Falle einer Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen, wenn der Anteil am Grundkapital der neuen Aktien, für die das Bezugsrecht ausgeschlossen ist, 10% des zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ermächtigung* und zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung eingetragenen Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenkurs der bestehenden börsennotierten Aktien derselben Gattung nicht wesentlich unterschreitet.

(*) Die Ermächtigung für das Genehmigte Kapital 2018 wurde am 24. Oktober 2018 durch Eintragung in das Handelsregister wirksam. Das Grundkapital betrug zu diesem Zeitpunkt 51.411.323 EUR.

Zum 31. Dezember 2021 hat der Vorstand von dieser Ermächtigung noch keinen Gebrauch gemacht. Damit stand ein genehmigtes Kapital von insgesamt 25.561.278 EUR zur Verfügung.

Bedingtes Kapital

Gemäß § 4 Abs. 5 der Satzung der Gesellschaft ist der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft um insgesamt 1.000.000 EUR durch Ausgabe von bis zu 1.000.000 neuen, auf den Namen lautenden Stammaktien ohne Nennbetrag aus dem bedingten Kapital 2019 zu erhöhen. Die bedingte Kapitalerhöhung aus dem bedingten Kapital 2019 wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Aktienoptionen, die von der Gesellschaft aufgrund der von

der Hauptversammlung vom 7. Juli 2017 beschlossenen Ermächtigung (Aktienoptionsplan 2019) in der Fassung der Hauptversammlung vom 9. Juli 2019 bis einschließlich 6. Juli 2024 ausgegeben werden, von ihren Bezugsrechten Gebrauch machen und die Gesellschaft keine eigenen Aktien, aus bestehendem oder neu geschaffenem genehmigten Kapital gewährt und keinen Barausgleich wählt. Die aus der Ausübung dieser Bezugsrechte resultierenden neuen Namen-Stammaktien sind ab dem Beginn des Geschäftsjahres dividendenberechtigt, für das am Tag der Ausgabe der Aktien noch kein Beschluss der Hauptversammlung über die Verwendung des Bilanzgewinns gefasst wurde. Von dem bedingten Kapital 2019 wurde zum 31. Dezember 2021 noch kein Gebrauch gemacht.

Gemäß § 4 Abs. 6 der Satzung der Gesellschaft ist das Grundkapital um bis zu 4.000.000 EUR durch Ausgabe von bis zu 4.000.000 auf den Namen lautenden Stammaktien bedingt erhöht (bedingtes Kapital 2018/I).

Die bedingte Kapitalerhöhung aus dem bedingten Kapital 2018/I wird nur insoweit durchgeführt, als die Inhaber von Aktienoptionen, die von der Gesellschaft aufgrund der von der Hauptversammlung am 7. Juli 2017 beschlossenen Ermächtigung (Aktienoptionsplan 2017) mit den Änderungen gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 5. Juli 2018 bis einschließlich 6. Juli 2022 ausgegeben wurden, von ihren Bezugsrechten Gebrauch machen und die Gesellschaft keine eigenen Aktien oder Aktien aus dem bestehenden oder neu geschaffenem genehmigten Kapital gewährt und sich auch nicht entscheidet, einen Barausgleich zu zahlen. Die neuen Aktien sind ab Beginn des Geschäftsjahres gewinnberechtigt, für das zum Zeitpunkt der Ausgabe der Aktien noch kein Beschluss der Hauptversammlung über die Verwendung des Bilanzgewinns gefasst wurde. Von dem bedingten Kapital 2018/I wurde zum 31. Dezember 2021 noch kein Gebrauch gemacht.

Gemäß § 4 Abs. 7 der Satzung der Gesellschaft war das Grundkapital um bis zu 18.000.000 EUR durch Ausgabe von bis zu 18.000.000 auf den Namen lautenden Stammaktien bedingt erhöht (bedingtes Kapital 2018/II). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als die Inhaber von Options- oder Wandelschuldverschreibungen, die aufgrund der von der Hauptversammlung am 5. Juli 2018 beschlossenen Ermächtigung ausgegeben wurden, von ihren Options- oder Wandlungsrechten Gebrauch machen oder, soweit sie zur Wandlung von Wandelschuldverschreibungen verpflichtet sind, ihrer Verpflichtung zur Wandlung ihrer Wandelschuldverschreibungen nachkommen und die Gesellschaft keine eigenen Aktien oder Aktien aus bestehendem oder neu geschaffenem genehmigten Kapital gewährt und sich nicht für einen Barausgleich entscheidet. Die neuen Aktien sind ab Beginn des Geschäftsjahres gewinnberechtigt, für das zum Zeitpunkt der Ausgabe der Aktien noch kein Beschluss der Hauptversammlung über die Verwendung des Bilanzgewinns gefasst wurde. Im Geschäftsjahr 2020 wurden 3.041.630 Bezugsaktien aus dem bedingten Kapital 2018/II ausgegeben. Im Geschäftsjahr 2021 wurde von dem bedingten Kapital 2018/II kein Gebrauch gemacht, so dass es zum 31. Dezember 2021 14.958.370 EUR beträgt.

Gemäß § 4 Abs. 9 der Satzung der Gesellschaft war das Grundkapital um bis zu 1.650.000 EUR durch Ausgabe von bis zu 1.650.000 auf den Namen lautenden Stammaktien bedingt erhöht (bedingtes Kapital V). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als die Inhaber von Options- oder Wandelschuldverschreibungen, die aufgrund der von der Hauptversammlung am 20. Juni 2016 beschlossenen Ermächtigung ausgegeben wurden, von ihren Options- oder Wandlungsrechten Gebrauch machen oder, soweit sie zur Wandlung von Wandelschuldverschreibungen verpflichtet sind, ihrer Verpflichtung zur Wandlung ihrer Wandelschuldverschreibungen nachkommen und die Gesellschaft keine eigenen Aktien oder Aktien aus bestehendem oder neu geschaffenem genehmigten Kapital gewährt und sich nicht für einen Barausgleich entscheidet. Die neuen Aktien sind ab Beginn des Geschäftsjahres gewinnberechtigt, für das zum Zeitpunkt der Ausgabe der Aktien noch kein Beschluss der Hauptversammlung über die Verwendung des Bilanzgewinns gefasst wurde. Im Geschäftsjahr 2020 wurden 1.612.638 Bezugsaktien aus dem bedingten V ausgegeben. Im Geschäftsjahr 2021 wurden von dem bedingten Kapital V kein Gebrauch gemacht, so dass es zum 31. Dezember 2021 37.362 EUR beträgt.

7. Sonstige Angaben

a) Derivative Finanzinstrumente

Die Gesellschaft sichert Kursschwankungen teilweise mit Devisenswaps ab. Zum 31. Dezember 2021 bestand ein AUD/EUR-Devisenswap mit einem Nominalvolumen in Höhe von 8.900 TAUD und einer Laufzeit bis Ende Januar 2022. Derivative Finanzinstrumente werden als schwebende Geschäfte grundsätzlich nicht bilanziert. Der Swap hatte zum Stichtag einen Marktwert von +3,6 TEUR. Für die Ermittlung dieses Wertes wurde der abgesicherte Wert dem sich unter Anwendung des Kurses zum Stichtag ergebenden Betrag gegenübergestellt.

b) Ergebnisverwendung

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresfehlbetrag vorzutragen.

c) Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr 2021 waren im Jahresdurchschnitt zwei Mitarbeiter in Teilzeit in der Gesellschaft beschäftigt. Diese Zahl beinhaltet nicht den Vorstand.

d) Organe

Mitglieder des Vorstands

- **Hansjörg Plaggemars**, Vorstand, bestellt am 1. Dezember 2020 bis 31. Dezember 2022.

Herr Hansjörg Plaggemars hat während seiner Bestellung als Vorstand im Geschäftsjahr 2021 neben seiner Tätigkeit als Vorstand noch nachfolgende Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG inne:

- 4basebio UK PLC, Cambridge/United Kingdom, Non-Executive Director,
- Altech Chemicals Limited, Subiaco/Australien, Non-Executive Director,
- Azure Minerals Ltd., West Perth/Australien, Non-Executive Director,
- CARUS AG, Heidelberg/Deutschland, Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender (bis 28. Juni 2021),
- Gascoyne Resource Limited, West Perth/Australien, Non-Executive Director (seit 01.07.2021),
- HW Verwaltungs AG, Halberstadt/Deutschland, Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender,
- Kin Mining NL, Mount/Australien, Non-Executive Director,
- PNX Metals Limited, Rose Park/Australien, Non-Executive Director,
- South Harz Potash Limited, Perth/Australien, Non-Executive Director,
- The Grounds Real Estate, Berlin/Deutschland, Aufsichtsratsmitglied (bis 27.08.2021)
- Wiluna Mining Corporation Ltd, West Perth/Australien, Non-Executive Director (seit 21.07.2021).

Vergütung der Mitglieder des Vorstands

Die Gesamtbezüge des Vorstands betragen im Geschäftsjahr 2021 72 TEUR. Für alle derzeitigen und ehemaligen Vorstandsmitglieder bestehen keine Pensionszusagen. Detaillierte Angaben zur Vergütung des Vorstands sind im separaten Vergütungsbericht zum 31. Dezember 2021 dargestellt.

Mitglieder des Aufsichtsrats

- **Joseph M. Fernández**, (bis 28. Januar 2021, *Vorsitzender des Aufsichtsrats bis 15. Januar 2021*)
Vorstandsvorsitzender der Active Motif Inc., Carlsbad, Kalifornien/USA
- **Peter Llewellyn-Davies** (bis 28. Januar 2021)
Vorstandsvorsitzender und Finanzvorstand der APEIRON Biologics AG, Wien/Österreich
- **Alexander Link** (seit 29. November 2020, *Vorsitzender des Aufsichtsrats ab 15. Januar 2021*)
Finanzvorstand, Deutsche Balaton Aktiengesellschaft, Heidelberg/Deutschland
- **Eva Katheder** (seit 28. Januar 2021, *stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats*)
Selbstständige Unternehmensberaterin, Bad Vilbel/Deutschland
- **Dr. Rainer Herschlein** (seit 28. Januar 2021)
Rechtsanwalt, Heuking Kühn Lüer Wojtek, Stuttgart/Deutschland

Mitgliedschaften von Aufsichtsratsmitgliedern in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten und vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien (§ 125 Abs. 1 Satz 5 AktG)

Alexander Link

- HW Verwaltungs AG, Halberstadt/Deutschland, Vorsitzender des Aufsichtsrats,
- PWI-PURE SYSTEM AG, Heidelberg/Deutschland, Vorsitzender des Aufsichtsrats,
- SPK Süddeutsche Privatkapital AG, Heidelberg/Deutschland, Vorsitzender des Aufsichtsrats
- Tabalon Mobile Technologies AG, Heidelberg/Deutschland, Vorsitzender des Aufsichtsrats
- MISTRAL Media AG, Frankfurt am Main/Deutschland, stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
- Nordic SSW 1000 Verwaltungs AG, Heidelberg/Deutschland, stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
- Epigenomics AG, Berlin/Deutschland, Mitglied des Aufsichtsrats
- DIO Deutsche Immobilien Opportunitäten AG, Frankfurt am Main/Deutschland, Mitglied des Aufsichtsrats

Eva Katheder

- AEE Gold AG, Heidelberg/Deutschland, stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats
- Mistral Media AG, Frankfurt/Deutschland, Mitglied des Aufsichtsrats

- Heidelberger Beteiligungsholding AG, Heidelberg/Deutschland, Vorsitzende des Aufsichtsrats
- Strawtec Gruppe AG, Heidelberg/Deutschland, stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats
- Balaton Agro Invest AG, Heidelberg/Deutschland, stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats
- Latonba AG, Heidelberg/Deutschland, stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats
- Pflege.Digitalisierung Invest AG (vormals: Latonba 2.0 AG)., Heidelberg/Deutschland, Mitglied des Aufsichtsrats
- Investunity AG (bis 20. Januar 2021), Heidelberg/Deutschland, Vorsitzende des Aufsichtsrats

Dr. Rainer Herschlein

- ALMATO AG (ehemals DATAGROUP Mobile Solutions AG), Stuttgart/Deutschland, Vorsitzender des Aufsichtsrats
- Ming Le Sports AG, Heidelberg/Deutschland, Mitglied des Aufsichtsrats
- mobileObjects AG, Büren/Deutschland, Mitglied des Aufsichtsrats

Peter Llewellyn-Davies

- Shield Therapeutics PLC, London/UK, Mitglied des Aufsichtsrats und Vorsitzender des Prüfungsausschusses

Joseph M. Fernández

- Active Motif, INC., Carlsbad/USA, Vorsitzender des Board of Directors
- Delegate Advisors, LLC, Chapel Hill/USA, Mitglied des Board of Directors
- J & J Fernández Ventures L.P., Carlsbad/USA, Mitglied des Board of Directors
- Joan & Joseph Fernández Family Foundation, Carlsbad/USA, Mitglied des Board of Directors
- Jmju Management Corp, Carlsbad /USA, Mitglied des Board of Directors
- Protein Fluidics INC., Santa Clara/USA, Mitglied des Board of Directors
- Structures On The Green LLC, Carlsbad /USA, Mitglied des Board of Directors
- The Land Of Oz LLC, Carlsbad /USA, Mitglied des Board of Directors
- 4basebio UK PLC, Cambridge/UK, Mitglied des Board of Directors

Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats

Die Gesamtvergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats betrug im Geschäftsjahr 2021 20 TEUR. Individualisierte Angaben zur Vergütung des Aufsichtsrats sind im separaten Vergütungsbericht zum 31. Dezember 2021 dargestellt.

Für eine detaillierte Übersicht der Zusammensetzung der Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen und deren Entwicklung siehe „Vergütungsbericht der 2invest AG für das Geschäftsjahr 2021“, der auf der Internetseite der 2invest AG öffentlich zugänglich ist, worauf Bezug genommen wird (siehe: <https://2invest-ag.com/de/>).

e) Geschäfte mit nahestehenden Personen und Unternehmen

Innerhalb des Geschäftsjahres 2021 wurden keine Geschäfte mit nahestehenden Personen zu marktunüblichen Konditionen durchgeführt.

f) Honorare und Dienstleistungen des Abschlussprüfers

Die Aktionäre der 2invest AG haben in der Hauptversammlung am 21. Juli 2021 die RSM GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Düsseldorf, zum Abschlussprüfer der 2invest AG für das Geschäftsjahr 2021 gewählt. Das Gesamthonorar für den Abschlussprüfer im Sinne des § 285 Nr. 17 HGB für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2021 beträgt 22 TEUR zzgl. Umsatzsteuer und entfällt auf Abschlussprüfungsleistungen.

g) Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 bestand eine Darlehenszusage über bis zu 25 Mio. EUR gegenüber der heutigen 4basebio PLC, Cambridge/UK, welche bis zum 31. Oktober 2026 in Anspruch genommen werden kann. Derzeit sind unter dem Darlehensvertrag keine Beträge ausstehend. Die Gesellschaft geht daher derzeit nicht von einer Inanspruchnahme in den nächsten 12 Monaten aus. Darüber hinaus hat sich die Gesellschaft verpflichtet, bei Erfüllung entsprechender Kriterien 2,7 Mio. GBP in die bereits bestehende Beteiligung Neophore zu investieren. Andere wesentliche Haftungsverhältnisse oder wesentliche sonstige finanzielle Verpflichtungen bestanden nicht.

h) Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der 2invest AG haben die Entsprechenserklärung zu den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGC) gemäß § 161 AktG (§ 285 Nr. 16 HGB) abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht. Die vollständige Erklärung ist auf der Homepage des Unternehmens (<https://2invest-ag.com>) dauerhaft zugänglich. Dort sind ebenso die Entsprechenserklärungen der letzten Geschäftsjahre verfügbar.

i) Abhängigkeitsbericht

Der Vorstand hat gem. § 312 AktG einen Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt.

j) Konzernabschluss

Die 2invest AG wird von der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft, Heidelberg, beherrscht (siehe Abschnitt „7 j) Angaben gemäß § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG“) und seit dem Geschäftsjahr 2020 in deren Konzernabschluss einbezogen. Die Deutsche Balaton Aktiengesellschaft stellt dabei den Konzernabschluss sowohl für den kleinsten als auch den größten Kreis von Unternehmen auf. Der Konzernabschluss ist am Sitz der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft in Heidelberg erhältlich und wird im Bundesanzeiger offengelegt.

k) Angaben gemäß § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG

Im Folgenden sind die Stimmrechtsmitteilungen nach § 40 Abs. 1 WpHG, die der Gesellschaft zugegangen sind, dargestellt. Die jeweils aktuellste Mitteilung eines Meldepflichtigen ist genannt. Die vollständigen Stimmrechtsmitteilungen sind auf der Website der Gesellschaft unter <https://2invest-ag.com/de/> zu finden.

Stimmrechtsmitteilung nach § 40 Abs. 1 WpHG vom 15. November 2021

- Die mwb fairtrade Wertpapierhandelsbank AG, hat uns gemäß § 33 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der 2invest AG, Heidelberg, am 1. November 2021 10,11 % (das entspricht 581.285 Stimmrechten) betrug.

Stimmrechtsmitteilung nach § 40 Abs. 1 WpHG vom 12. November 2021

- Herr Wilhelm Konrad Thomas Zours, hat uns gemäß § 33 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der 2invest AG, Heidelberg, am 10. November 2021 48,27 % (das entspricht 2.774.650 Stimmrechten) betrug. 48,27 % der Stimmrechte sind Herr Wilhelm Konrad Thomas Zours gemäß § 34 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Zugerechnete Stimmrechte werden dabei gehalten über folgende von ihm beherrschte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteile an den 2invest AG 3 % oder mehr betragen: Deutsche Balaton Aktiengesellschaft, Sparta AG, Delphi Unternehmensberatung Aktiengesellschaft.

Stimmrechtsmitteilung nach § 40 Abs. 1 WpHG vom 10. Mai 2021

- Frau Joan V. Fernandez, hat uns gemäß § 33 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der 2invest AG, Heidelberg, am 16. April 2021 2,98% (das entspricht 171.008 Stimmrechten) betrug. 2,98% der Stimmrechte sind Frau Joan V. Fernandez gemäß § 34 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Zugerechnete Stimmrechte werden dabei gehalten über folgendes von ihm beherrschte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteile an der 2invest AG 3% oder mehr betragen: Fernandez Family Trust.

Stimmrechtsmitteilung nach § 40 Abs. 1 WpHG vom 10. Mai 2021

- Herr Joseph M. Fernandez, hat uns gemäß § 33 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der 2invest AG, Heidelberg, am 22. April 2021 2,84% (das entspricht 163.409 Stimmrechten) betrug. 1,76% der Stimmrechte sind Herr Joseph M. Fernandez gemäß § 34 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Zugerechnete Stimmrechte werden dabei gehalten über folgendes von ihm beherrschte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteile an der 2invest AG 3% oder mehr betragen: Fernandez Family Trust.

Stimmrechtsmitteilung nach § 40 Abs. 1 WpHG vom 9. Oktober 2020

- Herr Heikki Lanckriet, hat uns gemäß § 33 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der 2invest AG, Heidelberg, am 9. Oktober 2020 die Schwelle von 3,0% unterschritten hat und an diesem Tag 2,72 % (das entspricht 1.409.081 Stimmrechten) betrug.

l) Nachtragsbericht

Es haben sich nach dem 31. Dezember 2021 keine Ereignisse von wesentlicher Bedeutung für den Jahresabschluss der 2investAG ergeben.

Heidelberg, 12. April 2022

gez. Hansjörg Plaggemars

Vorstand

Anlage

Anlagespiegel der Zinvest AG (vormals: 4basebio AG), Heidelberg

[in TEUR]	Anschaffungs- und Herstellungskosten				kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
	01.01.2021	Zugänge	Abgänge	31.12.2021	01.01.2021	Zugänge	Abgänge	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2021
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.460	0	-1.460	0	1.450	10	-1.460	0	9	0
II. Sachanlagen Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	438	0	-438	0	433	5	-438	0	5	0
III. Finanzanlagen										
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	28	0	0	28	28	0	0	28	0	0
2. Beteiligungen	4.497	0	-37	4.460	0	0	0	0	4.497	4.460
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	0	11.140	0	11.140	0	0	0	0	0	11.140
	4.524	11.140	-37	15.628	28	0	0	28	4.497	15.600
	6.422	11.140	-1.934	15.628	1.911	15	-1.898	28	4.511	15.600

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die 2invest AG, Heidelberg

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der 2invest AG – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021, der Gewinn- und Verlustrechnung, der Kapitalflussrechnung und dem Eigenkapitalpiegel für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der 2invest AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f HGB haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f HGB.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt

„Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben.

Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht war folgender Sachverhalt am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

Bewertung von Wertpapieren sowie Verkauf von Wertpapieren

Unsere Darstellung dieses besonders wichtigen Prüfungssachverhalts haben wir wie folgt strukturiert:

1. Sachverhalt und Problemstellung
 2. Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
 3. Verweis auf weitergehende Informationen
-
1. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft besteht im Kauf und Verkauf von Wertpapieren im Wesentlichen in Form von Eigenkapitalinstrumenten, insbesondere Aktien an in- und ausländischen Unternehmen, und sonstigen Wertpapieren. Im Erwerbszeitpunkt entscheidet der Vorstand vor dem Hintergrund seiner Anlagestrategie über die Zuordnung der Wertpapiere zum Anlagevermögen oder zum Umlaufvermögen. Die Zuordnung ist entscheidend für die Folgebewertung der Wertpapiere. Die Wertpapiere des Anlagevermögens werden zum Stichtag gemäß § 253 Abs. 1 HGB mit ihren Anschaffungskosten bilanziert. Gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB wird voraussichtlich dauernden Wertminderungen durch außerordentliche Abschreibungen Rechnung getragen. Die Wertpapiere des Umlaufvermögens werden zum Stichtag mit ihren

Anschaffungskosten oder gemäß § 253 Abs. 4 HGB zu einem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bilanziert.

Die Gesellschaft definiert eine voraussichtlich dauernde Wertminderung in Abhängigkeit von der Dauer der Wertminderung als eingetreten:

- a) liegt in den dem Abschlussstichtag vorausgehenden sechs Monaten der Börsenkurs des Wertpapiers permanent über 20 % unter dem Buchwert, so wird die Wertminderung als dauernd angesehen;
- b) dasselbe gilt, wenn der volumengewichtete Durchschnittswert des täglichen Börsenkurses in den letzten zwölf Monaten über 10 % unter dem Buchwert liegt.

Die Anwendung der 10/20-Regel erfolgt nicht, wenn in den letzten sechs Monaten an weniger als 20 Handelstagen und in den letzten zwölf Monaten an weniger als 40 Handelstagen ein Börsenhandel stattgefunden hat, da dann das Wertpapier als nicht liquide gilt. Ein potenzieller Abwertungsbedarf richtet sich dann, nach Würdigung des Einzelfalls, u. a. nach dem Börsenkurs am Stichtag.

Der Verkauf von Wertpapieren findet sowohl über die Börse als auch als OTC-Geschäft statt. Der Verkauf eines Wertpapiers wird erst realisiert, wenn das rechtliche und wirtschaftliche Eigentum, d. h. im Wesentlichen alle Chancen und Risiken des Vermögensgegenstandes auf den Käufer übergegangen sind.

2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir uns kritisch mit den internen Vorgaben der Gesellschaft zur Bilanzierung von Wertpapieren auseinandergesetzt.

Wir haben uns – in Stichproben – mit der rechnerischen Ermittlung der Anschaffungskosten der Wertpapiere befasst und dazu Prüfungsnachweise eingeholt.

Bezüglich der Bewertung zum Stichtag haben wir die von der Gesellschaft verwendeten Stichtagskurse anhand von externen Quellen geprüft. Das Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung wurde von uns anhand der unter 1. dargestellten Definition sachlich und rechnerisch nachvollzogen. Darüber hinaus haben wir prüferisch sichergestellt, dass alle Wertpapiere des Umlaufvermögens korrekt zum niedrigeren beizulegenden Zeitwert in Form des Börsenkurses bilanziert wurden.

Zudem haben wir uns mit der Wertentwicklung der Wertpapiere nach dem Bilanzstichtag beschäftigt.

Hinsichtlich der Realisierung von Erträgen bzw. Verlusten aus dem Verkauf von Wertpapieren haben wir uns mit den zugrundeliegenden Abrechnungen und Verträgen auseinandergesetzt.

3. Für die Angaben der Gesellschaft zur Bilanzierung und Bewertung der Wertpapiere verweisen wir auf die Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Anhang der Gesellschaft.

Sonstige Informationen

Der gesetzliche Vertreter ist für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen

- Erklärung zur Unternehmensführung
- die Versicherung des gesetzlichen Vertreters zum Jahresabschluss und zum Lagebericht nach § 264 Abs. 2 Satz 3 HGB bzw. nach § 289 Abs. 1 Satz 5 HGB und
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung des gesetzlichen Vertreters und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der gesetzliche Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DER FÜR ZWECKE DER OFFENLEGUNG ERSTELLTEN ELEKTRONISCHEN WIEDERGABEN DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS NACH § 317 ABS. 3a HGB

Prüfungsurteil

Wir haben gemäß § 317 Abs. 3a HGB eine Prüfung mit hinreichender Sicherheit durchgeführt, ob die in der beigefügten Datei „2investAG_Jahresabschluss_2021.zip“ (SHA256-Hashwert:

7FB9E580BD6483BF70A2980F89003ED4ABCDD1F20CC136A7E7A8D835D6264E4C)

enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts (im Folgenden auch als „ESEF-Unterlagen“ bezeichnet) den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat („ESEF-Format“) in allen wesentlichen Belangen entsprechen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich diese Prüfung nur auf die Überführung der Informationen des Jahresabschlusses und des Lageberichts in das ESEF-Format und daher weder auf die in diesen Wiedergaben enthaltenen noch auf andere in der oben genannten Datei enthaltene Informationen.

Nach unserer Beurteilung entsprechen die in der oben genannten beigefügten Datei enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts in allen wesentlichen Belangen den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat. Über dieses Prüfungsurteil sowie unsere im voranstehenden „Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ enthaltenen Prüfungsurteile zum beigefügten Jahresabschluss und zum beigefügten Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 hinaus geben wir keinerlei Prüfungsurteil zu den in diesen Wiedergaben enthaltenen Informationen sowie zu den anderen in der oben genannten Datei enthaltenen Informationen ab.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung der in der oben genannten beigefügten Datei enthaltenen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 3a HGB unter Beachtung des Entwurfs des IDW Prüfungsstandards: Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben von Abschlüssen und Lageberichten nach § 317 Abs. 3a HGB (IDW PS 410 (10.2021)) durchgeführt. Unsere Verantwortung danach ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ESEF-Unterlagen“ weitergehend beschrieben. Unsere Wirtschaftsprüferpraxis hat die Anforderungen an das Qualitätssicherungssystem des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1) angewendet.

Verantwortung des gesetzlichen Vertreters und des Aufsichtsrats für die ESEF-Unterlagen

Der gesetzliche Vertreter der Gesellschaft ist verantwortlich für die Erstellung der ESEF-Unterlagen mit den elektronischen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts nach Maßgabe des § 328 Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 HGB.

Ferner ist der gesetzliche Vertreter der Gesellschaft verantwortlich für die internen Kontrollen, die er als notwendig erachtet, um die Erstellung der ESEF-Unterlagen zu ermöglichen, die frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat sind.

Der gesetzliche Vertreter der Gesellschaft ist zudem verantwortlich für die Einreichung der ESEF-Unterlagen zusammen mit dem Bestätigungsvermerk und dem beigefügten geprüften Jahresabschluss und geprüften Lagebericht sowie weiteren offenzulegenden Unterlagen beim Betreiber des Bundesanzeigers.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Prozesses der Erstellung der ESEF-Unterlagen als Teil des Rechnungslegungsprozesses.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des ESEF-Unterlagen

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die ESEF-Unterlagen frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB sind. Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – Verstöße gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.
- gewinnen wir ein Verständnis von den für die Prüfung der ESEF-Unterlagen relevanten internen Kontrollen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Kontrollen abzugeben.
- beurteilen wir die technische Gültigkeit der ESEF-Unterlagen, d. h. ob die die ESEF-Unterlagen enthaltende Datei die Vorgaben der Delegierten Verordnung (EU) 2019/815 in der zum Abschlussstichtag geltenden Fassung an die technische Spezifikation für diese Datei erfüllt.
- beurteilen wir, ob die ESEF-Unterlagen eine inhaltsgleiche XHTML-Wiedergabe des geprüften Jahresabschlusses und des geprüften Lageberichts ermöglichen.

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 21. Juli 2021 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 21. Januar 2022 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 als Abschlussprüfer der 2invest AG, Heidelberg, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHE WIRTSCHAFTSPRÜFERIN

Die für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüferin ist Christine Klug.

Frankfurt am Main, den 14. April 2022

RSM GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

M. Jüngling	C. Klug
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüferin